



Briefe der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker

Nummer 22

14. Februar 2020

Spendenpreis ab 2 Euro

Die Briefe der Internationalen
Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völ-
ker werden herausgegeben unter der
Verantwortung der Koordination der IAV,
die auf der 8. Offenen Weltkonferenz in Algier
im Jahre 2010 gebildet wurde.

DOKUMENTATION DES ZWEITEN TREFFEN DES INTERNATIONALEN VERBINDUNGSKOMITEES

Das Internationale Verbindungskomitee (IVK) wurde auf Vorschlag von Louisa Hanoune auf der Offenen Weltkonferenz im Dezember 2017 in Algier, die auf Initiative der Internationalen Verbindung der Arbeitnehmer*innen und Völker (IAV) stattfand, konstituiert.

Louisa Hanoune, Koordinatorin der IAV, konnte ihren Platz auf der Tribüne des Treffens des IVK am 28. – 30. November 2019 nicht einnehmen, weil sie von einem Militärgericht in einem nicht öffentlichen, politischen Prozess in erster Instanz zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Zu Beginn des Treffens wurde eine Grußadresse an Louisa Hanoune verabschiedet (s. S.5), in der von allen Delegierten betont wurde, dass sie die Kampagne für ihre Freilassung noch intensivieren werden. Das wurde in den zahlreichen Beiträgen der Delegierten immer wieder ausdrücklich betont.

Die Arbeiten des Treffens wurde unter die Ehrenpräsidentschaft von Louisa Hanoune gestellt: „Louisa, wir grüßen Dich aus allen Kontinenten- und damit auch Deinen Kampf“!

LOUISA HANOUNE, IST FREI!

Am 10. Februar wurde Louisa Hanoune, Generalsekretärin der Arbeiterpartei Algeriens (PT), nach dem Berufungsverfahren aus dem Gefängnis entlassen.

Louisa Hanoune hat nach dem Verlassen des Gefängnisses zunächst allen gedankt, die sich in Algerien und weltweit für ihre Freilassung eingesetzt haben und hinzugefügt:

„Die Freude über meine Freilassung wird erst dann vollständig sein, wenn alle politischen Gefangenen freigelassen sind.“

In einer Pressemitteilung dankt die PT allen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Menschenrechtsorganisationen, Persönlichkeiten, Gewerkschafts- und Parteimitgliedern... in Algerien und der ganzen Welt, für ihr unermüdliches Engagement für die demokratische Forderung nach Freilassung von Louisa Hanoune.

„Ihr besonderer Dank gilt (...) der Internationalen Verbindung der Arbeitnehmer und Völker (IAV), der es zu verdanken ist, dass diese Kampagne auf über 101 Länder ausgeweitet werden konnte“.

„Die PT und Louisa Hanoune werden eine Kampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen als integrelem Bestandteil des Kampfes für die Demokratie führen, wofür das algerische Volk seit Februar 2019 kämpft.“ Dieser Appell wird sein weltweites Echo finden.

AUFRUF

der Nationalen Konferenz der Delegierten der Komitees für den Widerstand und die Rückeroberung (der Errungenschaften von 1936 und 1945, CNRR) in Paris, 28. März 2020)
aus **Bulletin Nr. 3 des Europäischen Korrespondenzkomitees** (Seite 23)

»Internationale Informationen« im Internet: www.iavinfo.de
www.eit-alger2017.org

AUS DEM INHALT

Erklärung:

Gegen Krieg, Ausbeutung,
Unterdrückung
Die Völker wollen leben! S.3
Brief an Louisa Hanoune
ins Gefängnis S.5

Beiträge aus:

Hongkong S.5
Palästina..... S.6
Türkei S.6
Sudan S.7
Rumänien S.7
Venezuelas S.8
Vereinigte Staaten S.8
Deutschland S.9
Sahel: Mali, Niger,
Burkina Faso S.10
Demokratische Republik
Kongo S.11
Argentinien S.12
Österreich..... S.13
Palästina..... S.14
Griechenland..... S.15
Weißrussland S.16
Ukraine S.16
Mexiko S.17

Internationales Meeting:

..... S. 18 –22
Algerien..... S.18
Chile S.19
Libanon S.19
Deutschland..... S.20
Brasilien S.21
Paslästina S.21
Indien S.22

AUFRUF der Nationalen

Konferenz der CNRR..... S.23

Pressemitteilung der

PT Algeriens S.24

DAS ZWEITE TREFFEN DES INTERNATIONALEN VERBINDUNGSKOMITEES

Vom 28.-30. November fand in Paris das zweite Treffen des Internationalen Verbindungskomitees (IVK) statt. Das IVK wurde auf der Offenen Weltkonferenz im Dezember 2017 in Algier auf Initiative der *Internationalen Verbindung der Arbeitnehmer*innen und Völker* (IAV) konstituiert.

Zu Beginn des Treffens wurde eine Grußadresse an Louisa Hanoune verabschiedet, die zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und in Algerien inhaftiert ist. Es wird daran erinnert, dass Louisa, die die Konferenz von Algier als Vorsitzende geleitet hat, sowie auch das Treffen des IVK im Juni 2018, auf der Tribüne dieses Treffens des IVK ihren Platz gehabt hätte.

Nach dem Einführungsbericht von Julio Turra, Mitglied der Koordination der IAV, ergriffen 58 Delegierte aus 55 vertretenen Ländern das Wort (siehe die vollständige Liste am Ende der Abschlusserklärung).

Trotz der Unterschiedlichkeit der politischen, gewerkschaftlichen und geografischen Herkunft und den unterschiedlichen Erfahrungen kennzeichnete alle Beiträge die gleiche Bestrebung, gegen die zerstörerische Politik des Imperialismus und des Kapitals aktiv zu werden und alle aktuellen revolutionären Erhebungen zu unterstützen, die sich von der Bevormundung der alten Führungen der nationalen und der Arbeiterbewegung emanzipieren. Die aus der Diskussion hervorgegangene Erklärung und die fünf von Delegierten eingebrachten Ergänzungen sind Ausdruck dieser gemeinsamen Sichtweise aller Teilnehmer an diesem IVK.

Zum Abschluss der Arbeiten haben die Delegierten beschlossen, die Verbindungen und den Austausch im Rahmen des IVK als Stützpunkt für Initiativen auf jedem unserer Kontinente weiter zu intensivieren, beispielsweise gegen den Einsatz französischer oder US-amerikanischer Truppen in Afrika und im Nahen Osten.

Die Delegierten haben weiterhin beschlossen, sich aktiv gemeinsam für die Organisierung eines internationalen Tages gegen Krieg und Repression im nächsten Frühjahr zu engagieren. Sie wenden sich auch an amerikanische Arbeiterkämpfer, um sie zu bitten, eine Delegation zum Sitz der UNO in New York zu unterstützen.

Wir veröffentlichen hiermit einen Auszug aus den zahlreichen Beiträgen.

Impressum

Die *Briefe der IAV* enthalten als deutsche Ausgabe ausgewählte Beiträge der in französischer Sprache erscheinenden *Lettre de l'Entente internationale des travailleurs et des peuples*

Kontaktadresse: E-Mail: eit.ilc@fr.oleane.com

Verantwortlich für die deutsche Ausgabe: Gotthard Krupp

Wir danken den Übersetzerinnen und Übersetzern.

Kontaktadresse: Gotthard Krupp, Postfach 120 364, 10593 Berlin
Fax: 030 / 313 16 62 | E-Mail: iavinfo@t-online.de | Im Internet: www.iavinfo.de

Konto: C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00), Kontonummer: 5629 455 002, Kennwort: „IAV“
IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02, BIC: BEVODEBB

Die Initiativen der Internationale Arbeitnehmerverbindung (IAV) werden in Deutschland von der Redaktion *Soziale Politik & Demokratie* unterstützt, die auch die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der *Briefe der IAV* übernommen hat.

GEGEN KRIEG, AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG DIE VÖLKER WOLLEN LEBEN!

Das zweite Treffen des internationalen Verbindungskomitees, das auf Vorschlag von Louisa Hanoune auf der Offenen Weltkonferenz in Algier im Jahr 2017 konstituiert wurde, fand am 28.- 30. November in Paris statt.

Die Situation, in der sich die Delegierten aus 4 Kontinenten versammelt haben, ist geprägt von einer zerstörerischen Offensive des Imperialismus und der Erhebung der Völker.

In ihren Beiträgen haben die Delegierten die zerstörerischen Konsequenzen der Zersetzung unterstrichen, die das Finanzkapital und Monopole sowie die Regierungen in ihrem Dienst anrichten. Die Krise des kapitalistischen Systems provoziert auf Weltebene die Zerstörung dutzender Millionen Arbeitsplätze und Elend, Verarmung und Hunger, wovon besonders die Frauen und Kinder betroffen sind. Mit enorm wachsenden Rüstungsbudgets werden Kriege inszeniert. Und es wird eine beispiellose Verwüstung der Umwelt angeordnet (dazu haben wir die Berichte der Delegierten aus den letzten französischen Kolonien in der Karibik gehört, die das Kolonialverbrechen der Vergiftung dieser Inseln mit Chlordecan angeprangert haben).

Wir haben die Delegierten vom afrikanischen Kontinent gehört: Die imperialistischen Militärinterventionen, besonders die der USA, Frankreichs und der Nato, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus vom Zaun gebrochen wurden, sind in Wirklichkeit Kriege für die Kontrolle und die Ausbeutung der Gas-, Erdöl- und anderen Rohstoffvorkommen. Der afrikanische Kontinent wird unter der Herrschaft der Monopole und Großmächte und deren Regierungen zerrissen. Sie weiten ihre Militärstützpunkte aus und sind an der Massakrierung der Bevölkerung Afrikas beteiligt. Die Militärinterventionen drohen schlicht und einfach, zahlreiche Staaten zu zersetzen, wie es in der Sahel-Zone der Fall ist. Und wie sie schon Syrien, den Irak, Jemen, Afghanistan usw. zersetzt haben. Sie vertiefen noch das Elend, das schon durch die jahrzehntelangen Antireformen zum Strukturwandel, zur Privatisierung und grenzenloser Liberalisierung / Deregulierung provoziert wurde.

Diese Interventionen treiben Millionen von Kindern, Frauen, Männern, die Menschenhändlern ausgeliefert sind, auf die Flüchtlingsrouten; und diejenigen, die nach Europa gelangen, werden von den Regierungen verfolgt und in Lagern kaserniert. In Europa wie in den USA werden die „Migranten“ gejagt und in Lager gesperrt, während sie zum Überleben die Anerkennung ihres Rechts auf freie Reise und Wahl des Aufenthaltslandes brauchen.

Die Delegierten, die auf dem zweiten Treffen des IVK anwesend waren, unterstützen den Kampf der Völker in Afrika, dem Nahen Osten und in Asien, die den Rückzug der fremden Truppen wollen und die für die Wiedereroberung ihrer Souveränität und ihrer Rechte kämpfen. Angesichts dieses vom Kapital organisierten Marsches in die Barbarei erhebt sich eine Welle von Revolutionen: von Algier über Beirut, Hongkong, Bagdad, Khartum, Port-au-Prince und Barcelona bis nach Santiago. Überall lautet die gleiche Forderung, dass die dem Kapital unterworfenen Regime verjagt werden sollen.

Das ist die Botschaft der Algerier, die zu Millionen und Abermillionen seit fast 10 Monaten demonstrieren,

um das Regime zu verjagen, das die Mineralöl- und Gasvorkommen an die imperialistischen Monopole verschleudern will. Die Algerier betonen: 1962 haben wir das Land befreit, 2019 werden wir das Volk befreien. In Algerien findet eine Revolution für die Souveränität der Nation statt, was die Selbstbestimmung des Volkes über die natürlichen Ressourcen und Bodenschätze des Landes einschließt.

Wir haben die Delegierten aus dem Nahen Osten gehört: das irakische und libanesische Volk widerstehen der schlimmsten Unterdrückung in Ländern, die durch Kriege verwüstet worden sind; sie überwinden die von den parasitären Cliquen an der Macht konstruierten ethnischen und religiösen Spaltungen, und bekräftigen ihre Entschlossenheit, dass alle davongejagt werden müssen.

Mehrere Delegierte haben über den Kampf des palästinensischen Volkes berichtet, das Widerstand leistet gegen die neue von den USA unterstützte Offensive des israelischen Staates und das ungebrochen für seine Selbstbestimmung in einem demokratischen palästinensischen Staat kämpft, im gegenseitigen Respekt der Religionen, Geschlechter, Rassen, der Herkunft oder Hautfarben seiner Bürger.

Wir haben die Delegierten aus Lateinamerika gehört. Dieser Kontinent erlebt eine Welle der Erhebungen. Nach Ecuador erhebt sich die Arbeiterklasse und das Volk in Chile, um mit dem Erbe der Diktatur von Pinochet Schluss zu machen, das von den aufeinanderfolgenden Regierungen, ob von der Linken oder von der Rechten, seit 30 Jahren aufrecht erhalten wird. Danach folgen die Völker von Kolumbien und in Panama mit ihrem Aufstand, während der US-Imperialismus gegenüber Venezuela seine zerstörerische Blockade verhängt. Schließlich setzt sich nach Brasilien heute in Bolivien der Widerstand gegen die Staatsstriche fort, die von den USA vorangetrieben wurden.

Wir haben die Delegierten der Karibik, aus dem besetzten Haiti und aus den letzten französischen Kolonien gehört, die ihren Kampf für die nationale Souveränität bekräftigt haben.

Wir haben die Delegierten aus Asien gehört, die die Pläne zur sozialen und ökonomischen Liquidierung ihrer Länder angeprangert haben. Sie haben im Zentrum des Widerstandes der Arbeiter in Indien und Bangladesh eingegriffen, wo die Arbeiterorganisationen an den Kämpfen der Arbeiter und der Studenten gegen diese Pläne teilnehmen. Es geht um die Unterstützung der Bewegung der Arbeiter und Völker gegen das Kapital und für die Rechte der Arbeiter - gegen den Rassismus, gegen die Bigotterie und das religiöse Sektierertum, gegen die Ausländerfeindlichkeit und die patriarchalische Gewalt. Die Delegierten haben die Solidarität mit dem Volk von Kaschmir bekräftigt und den gewaltsamen Angriff auf die Autonomie von Kaschmir und den von der indischen Regierung verhängten Ausnahmezustand verurteilt.

Wir sind ebenso solidarisch mit dem Volk von Rohingya-

ya, das durch die Völkermordspolitik von Myanmar (Birma) unterdrückt wird und einem islamfeindlichen Hass in Indien ausgesetzt ist.

Wir haben die Delegierten gehört, die die Erhebung der Jugend betont haben, die sich für ihr Recht auf eine Zukunft mobilisiert. Das gilt besonders für Indien und Europa aber auch für Algerien, für Chile, Hongkong und den Nahen Osten, wo die Jugend den ersten Platz im Kampf einnimmt.

Wir haben die Delegierten aus den Vereinigten Staaten und aus Europa gehört. In den Vereinigten Staaten von Amerika standen 40 000 Arbeiter in 34 Fabriken von General Motors mit ihrer Gewerkschaft UAW über 40 Tage lang im Streik. Gleichzeitig vervielfachen sich massive Streiks im Bildungswesen. Das alles passiert in einem Augenblick, in dem die gegenwärtige Wahlkampagne die Tiefe des Grabens zwischen der großen Mehrheit der Arbeiter und der kleinen Minderheit der Spekulanten offenbart.

In Europa sind als Folge der Konkurrenz der großen Monopole alle Regierungen wie auch die Europäische Union selbst in eine nie dagewesene Krise eingetreten. Die dem Kapital verschriebenen Regierungen, egal welcher politischen Farbe, ob „Links“ oder „Rechts“, wollen alles zerstören, was durch den Kampf der Arbeiter erobert wurde. Der Widerstand gegen die zerstörerischen Pläne wächst auf dem gesamten Kontinent, von Ost bis West, von Nord bis Süd. Genau das ist der Ursprung für die politische Krise, die alle Regierungen und alle politischen Institutionen in Europa zerrüttet.

In der ganzen Welt versuchen diese Regierungen im Dienste des Kapitals die Kontrolle über die Verhältnisse im Lande dadurch wiederzuerlangen, dass sie eine brutale Repression entfesseln. Im Irak, im Iran, im Libanon, in Chile, in Bolivien wurden Hunderte von Demonstranten erschossen, während in Algerien, Spanien, Frankreich oder in Hongkong Hunderte verhaftet und verletzt wurden ...

Die Delegierten des Treffens kommen zu der gleichen Feststellung:

Diese Regierungen versuchen mit allen Mitteln die Führungen der Organisationen der Arbeiterklasse und der Parteien zu fesseln, die sich auf die Demokratie im Rahmen eines relativ kontinuierlichen Funktionierens der politischen Institutionen berufen. Diese Parteien, die einst beansprucht haben, im Namen der Arbeiter zu sprechen, versuchen trotz der wachsenden Ablehnung, die ihnen entgegenschlägt, die Mobilisierung zu kanalisieren, um die Regime zu retten, denen sie dienen.

Angesichts dieser Manöver sucht die Masse der Arbeiter und der Mitglieder der Organisationen sich die Mittel zu geben, um die von den Führungen organisierte Blockade „von unten“ zu überwinden. Sie wollen sich die Organisationen wieder aneignen, die sie sich für ihre Verteidigung geschaffen haben und deren Führer oft eine Politik im Gegensatz zu ihrem Mandat betreiben. So sind ganz neue Organisationsformen aufgetaucht, die bezeugen, welche Schlussfolgerungen von den Arbeitern und Aktivisten aus ihren Erfahrungen in der gesamten zurückliegenden Epoche gezogen wurden. Sie manifestieren den Willen von breiten Massen, die Kontrolle über ihre Bewegung zu erlangen und sich selbst zu organisieren.

In der Situation des „Handelskrieges“, der von Trump losgetreten wurde und der in eine Vielfalt von neuen Kriegen zu münden droht, kann niemand sagen, wie die politischen Handlanger des Imperialismus reagieren und wie weit sie in den nächsten Wochen gehen werden, um auf die sich auf allen Kontinenten entwi-

ckelnden revolutionären Explosionen zu reagieren.

Gemeinsam bekräftigen wir, die Delegierten von 4 Kontinenten:

Die Verbindung, die wir mit dem IVK geknüpft haben, stellt die Garantie dar, dass keiner von uns isoliert und zermalmt werden kann, unter Begleitung des kriminellen Schweigens der Staaten und ihren korrumpierten Cliquen.

Niemals haben wir so viel Hilfe und aktive Solidarität gebraucht, wie sie uns durch das IVK geboten wird. Das haben wir in der sehr breiten Kampagne für die Befreiung von Louisa Hanoune, der Generalsekretärin der Arbeiterpartei Algeriens und Kämpferin für die Rechte der Frauen, erlebt. In mehr als 100 Ländern haben politische und gewerkschaftliche Organisationen aus der Arbeiterbewegung ebenso wie viele demokratische Organisationen, Vereine, Persönlichkeiten und Demokraten Position ergriffen.

Niemals haben wir einen Stützpunkt wie das IVK so sehr gebraucht: ein internationales Verbindungskomitee, das in der Lage ist, als Antwort auf die Entwicklungen auf jedem unserer Kontinente Initiativen zu ergreifen, wie zum Beispiel gegen die Entsendung französischer und amerikanischer Truppen nach Afrika und in den Nahen Osten.

Auf dieses IVK stützen wir uns, um mit der vereinten Kraft unserer Länder für die Organisation eines „Internationalen Tages gegen Krieg und Ausbeutung“ zu kämpfen. Wir wollen uns an die amerikanischen Arbeiter wenden und sie auffordern, die Delegation zum Sitz der UNO in New York zu unterstützen, um diese mit einer Akte der Anklage als Instrument der imperialistischen Kriegstreiber zu konfrontieren.

Darauf haben wir uns verpflichtet!

Das ist die Verpflichtung, die wir übernehmen, wir Arbeiterkämpfer und Verantwortliche aus 55 Ländern und 4 Kontinenten, die sich in Paris am 28.- 30. November 2019 im Rahmen des Internationalen Verbindungskomitees (IVK) versammelt haben.

Delegierte aus 55 Ländern haben teilgenommen:

Afrika: Algerien, Benin, Burkina Faso, Dschibuti, Elfenbeinküste, Gabun, Ghana, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, La Réunion, Mauritius, Madagaskar, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Ruanda, Senegal, Sudan, Südafrika/Azania, Tunesien, Uganda Zentralafrika

Amerika: Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guadeloupe, Haiti, Martinique, Mexiko, Peru, USA, Venezuela.

Asien: Indien

Europa: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Serbien, Spanien, Türkei, Ukraine, Ungarn, Weißrussland

Naher Osten: Libanon, Palästina.

Den Delegationen der folgenden Länder wurden die Visa verweigert:

Burundi, Guinea Conakry, Kasachstan, Nigeria, Somalia, Tschad, Togo.

Die Delegationen aus folgenden Ländern konnten aus anderen Gründen (gesundheitlichen, beruflichen...) nicht teilnehmen, unterstützen aber das Treffen der IVK:

Armenien, Großbritannien, Hongkong, Irland, Italien, Schweiz, Thailand, Moldawien

BRIEF AN LOUISA HANOUNE INS GEFÄNGNIS

Liebe Genossin Louisa Hanoune

Mit der Eröffnung des zweiten Internationalen Verbindungskomitees (IVK) am 28. November 2019 senden wir, die Delegierten, Dir unsere Grüße. Du hättest auf der Tribüne dieses Treffens des IVK Deinen Platz gehabt und ihren Vorsitz übernehmen sollen. Aber der skandalöse Prozess, durch den Du zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurdest, hat uns um Deine Anwesenheit gebracht. So bleibt uns nur, Dich herzlich zu grüßen. Wir werden die Kampagne für Deine Freilassung fortsetzen und noch intensivieren.

Wie wir erfahren haben, wurde in vielen Ländern versucht, von der algerischen Regierung die Genehmigung zu erhalten, Dich im Gefängnis besuchen zu können. Bisher haben wir noch keine Antwort erhalten, aber wir werden weiterhin alles daransetzen, Dich zu sehen.

Auf der Konferenz in Algier 2017 hast Du am Ende der Sitzungen vorgeschlagen, das Internationale Verbindungskomitee (IVK) zu konstituieren. Wir haben deshalb heute beschlossen, die Arbeiten dieses Treffens unter Deine Ehrenpräsidentschaft zu stellen. Ausdruck



dafür ist das Transparent über der Tribüne mit Deinem Foto und der Forderung nach Deiner Freilassung.

Louisa, wir grüßen Dich aus allen Kontinenten – und damit auch Deinen Kampf.

GRUBBOTSCHAFT VON ADRIAN, STUDENT IN HONGKONG

„Da es mir leider nicht möglich ist, nach Paris zu kommen und am Internationalen Verbindungskomitee (28.-30. November 2019) teilzunehmen, schicke ich Euch hiermit einen Beitrag über die Situation in Hongkong.

Es ist ganz klar, dass die Polizei immer schärfer zur Sache geht und die Universitäten – wie die Chinesische Universität von Hongkong und die Polytechnische Universität von Hongkong – regelrecht belagert. Am 12. November ist eine Gruppe von Bereitschaftspolizisten in die Chinesische Universität von Hongkong eingedrungen, ohne zuvor von der Hochschule zur Hilfe gerufen worden zu sein. Nach dem Gesetz hat die Polizei nicht das Recht, in den Campus einzudringen, denn es handelt sich um einen privaten Raum. Entgegen der gültigen Gesetze besteht die Polizei darauf, dass alle Universitäten und Schulen keine privaten Einrichtungen seien. Sie ist auf das Universitätsgelände vorgedrungen, hat die Studenten terrorisiert und dadurch schwere Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Polizei provoziert. An diesem Tag hat die Polizei auf dem von einheimischen, aber auch von internationalen Studenten stark bevölkerten Campus 3000 Tränengaskartuschen, 1300 Gummigeschosse und 400 Farbbeutel verschossen. Die Bevölkerung Hongkongs ist über ein solches Vorgehen der Polizei bereits sehr erbost. Ein Eingreifen der Nationalen Volksarmee (NVA) gießt noch Öl ins Feuer. Laut Artikel 9 und 14 des Grundgesetzes kann die in Hongkong stationierte Garnison der NVA nur durch die Regierung von Hongkong oder die chinesische Regierung zum Einsatz gerufen werden, und nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der chinesischen Regierung.

In diesem Fall aber wurde die NVA ohne Anfrage der Regierung von Hongkong und ohne Order der chinesischen Regierung eingesetzt. Sie hat die Aufgabe übernommen, die Barrikaden zu beseitigen und die Straßen zu reinigen. Zwar sind das keine militärischen Aktionen im strengen Sinne, doch die Beseitigung von Straßensperren der Demonstranten wird gemeinhin

als ein ausgeführter Einsatz gesehen.

Das mag noch akzeptabel erscheinen. Es ist aber zu befürchten, dass es nur ein erster Schritt in Richtung einer weiteren Aushöhlung des politischen Systems „ein Land, zwei Systeme“ bedeutet – wie es das Grundgesetz vorsieht.

Die Regierung will herausfinden, ob die Bürger Hongkongs eine weitergehende Einmischung Chinas in die Angelegenheiten Hongkongs hinnehmen würden. Protestiert das Volk Hongkongs nicht und ist bereit, China eine immer direktere Einmischung in die Angelegenheiten Hongkongs zu erlauben, wird die Regierung dies ausnutzen und könnte damit beginnen, die Armee zur Kontrolle der Menge einzusetzen. Und nach kurzer Zeit könnte die NVA mit scharfer Munition auf Demonstranten schießen und Panzer oder andere tödliche Waffen gegen nur leicht bewaffnete Demonstranten einsetzen. Dies könnte zu einem blutigen Massaker führen, exakt so wie bei der Unterdrückung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz vor 30 Jahren.

Doch die Handlungsweise der Polizei und der NVA ist von der öffentlichen Meinung gar nicht gut aufgenommen worden. Sollte es auf diese Art weitergehen, wird das nur die Wut der Bürger und der Demonstranten verschärfen. Die Demonstranten werden immer gewaltsamer vorgehen und dabei von der öffentlichen Meinung unterstützt werden. Das Problem bestand schon immer darin, wie die Regierung mit gesellschaftlichen Problemen umgeht. Die Regierung von Hongkong und die Kommunistische Partei Chinas glauben, wenn man die Person beseitigt, die das Problem benennt, sei damit auch das Problem beseitigt. Das mag der Grund dafür sein, dass sie immer weiter Polizeikräfte in den Einsatz schickt und Gewalt anwendet, mit der sie aber die Stimme des Volkes niemals zum Schweigen bringen wird.“

(Videobotschaft), 22.11.2019

REDEBEITRAG EINER DELEGIERTEN AUS PALÄSTINA

Ich komme aus dem seit 1948 besetzten Palästina, dem Zentrum des Leides und des Widerstands gegen die Unterdrückung und gegen die Besatzung.

Zu allererst möchte ich meine herzlichen Grüße an unsere liebe Freundin Louisa Hanoune richten, die vom algerischen Regime ins Gefängnis geworfen wurde. Louisa Hanoune ist das Sinnbild einer rebellischen Kämpferin gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung, sie hat ihr Leben dem Kampf für ein freies und demokratisches Algerien gewidmet.

Sie ist die große Kämpferin für die Rechte der Arbeiterklasse und die hartnäckige Kämpferin gegen den Imperialismus.

Wir werden Louisa Hanoune und ihren Kampf nie vergessen, insbesondere ihren Einsatz für die Freiheit des palästinensischen Volkes in den letzten 30 Jahren. Deshalb appelliere ich an alle Kolleg*innen, sich zusammenzutun, um sie aus den Kerkern des autoritären algerischen Regimes zu befreien.

Im besetzten Palästina lebte meine Familie in dem Dorf Tira, nahe der Stadt Haifa. Während der Nakba von 1948 haben zionistische Gangs mein Dorf angegriffen und fürchterliche Gräueltaten begangen.

Meine Familie und mein Volk kämpfen noch immer für unser Recht, in unsere seit 1948 besetzten Dörfer zurückkehren zu können.

Dieser Kampf wird erst mit dem Ende des zionistisch-

rassistisches Regime in Palästina und dem Aufbau eines einheitlichen demokratischen Staates aufhören.

Und das ist kein Traum. Es ist das Recht meines Volkes, den Widerstand bis zur Befreiung unseres Vaterlands vom Kolonialismus und der zionistischen Bewegung fortzusetzen.

Als palästinensisches Volk haben wir – ebenso wie die Kolleg*innen aus den anderen freien Völkern, die hier im Komitee vertreten sind – nichts als die Solidarität, die allein uns zum Sieg der arbeitenden Klassen und der unterdrückten Völker dieser Welt führen kann.

Unser Kampf in Palästina gegen das Apartheid-Regime unterscheidet sich nicht von dem so vieler anderer Völker der Welt gegen Unterdrückung und Rassismus.

Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Mein Vater ist Palästinenser, meine Mutter Jüdin. Sie sind seit 50 Jahren verheiratet, sie leben schon so lange zusammen. Wenn das für sie möglich war, dann muss es auch für das palästinensische und das jüdische Volk möglich sein, in einem einheitlichen demokratischen und weltlichen Staat ohne Zionismus und ohne Diskriminierung zusammenzuleben.

Es lebe der Kampf des palästinensischen Volkes!

Es lebe der Klassenkampf!

Freiheit für die Kämpferin Louisa Hanoune!

REDEBEITRAG EINER VERANTWORTLICHEN DER LEHRERGEWERKSCHAFT EGITIM-SEN IN DER TÜRKEI (AUSZÜGE)

Ich möchte alle meine Freunde herzlich grüßen, die sich im internationalen Kampf gegen den Imperialismus, den Kapitalismus und den Faschismus auf der ganzen Welt engagieren. Ich sage dem Komitee herzlichen Dank dafür, dass es mir diesen Rahmen für meinen Beitrag gegeben hat. Wir grüßen Louisa Hanoune und ihren Kampf.

Ich gehöre einer Gewerkschaft an, die sich schon seit 112 Jahren für die Arbeiter in der Bildung und Wissenschaft einsetzt.

Anti-Imperialismus, Anti-Kapitalismus und Anti-Faschismus waren immer die grundlegenden Prinzipien unserer Vereinigung und unseres Handelns.

Die Geschichte der Türkei ist auch eine Geschichte der Militärputsche.

In den letzten 17 Jahren wurden unsere Regierungen immer von derselben Partei (AKP) geführt, die innerhalb der politischen Islambewegung eine neoliberale Politik verfolgt. In diesen 17 Jahren haben wir viele der in der Vergangenheit erkämpften Rechte wieder verloren. Die AKP hat sehr schnell ganze Bereiche des öffentlichen Dienstes privatisiert, insbesondere das Schul- und das Gesundheitswesen, sie hat die prekäre, schlecht bezahlte Arbeit zum Normalfall gemacht.

Streiks, die die Arbeiter im öffentlichen wie im privaten Bereich organisieren wollen, sind verboten. Abgeordnete, Ratsmitglieder und Bürgermeister der HDP (Demokratische Volkspartei, pro-kurdisch) werden abgesetzt, verhaftet und durch von der AKP bestimmte Vertreter ersetzt.

Alle Entscheidungen trifft nur eine Person. (Recep Tayyip Erdogan).

Nach dem versuchten Staatsstreich vom 15. Juli 2016 wurden 1500 Mitglieder unserer Gewerkschaft Egitim-SEN und mehr als 4000 unseres Gewerkschaftsbundes entlassen – ohne Ermittlungen, Beweise oder

Gerichtsurteil.

Die Kündigungen erreichten mehr als 140.000 allein im öffentlichen Dienst.

Für unsere Studenten existiert das Recht auf staatliche, weltliche und wissenschaftliche Ausbildung praktisch nicht mehr. Die vormals für die staatlichen Schulen vorgesehenen Finanzmittel werden den Privatschulen zugeschanzt.

Bisher haben 1,5 Millionen Schüler die Schule vorzeitig verlassen. Sowohl das Mindestalter für eine Arbeitsaufnahme wie auch für eine Eheschließung wurde gesetzlich herabgesetzt.

Aber trotz des Drucks der AKP-Regierung wächst unser Widerstand. Trotz der ständigen Repression hat unsere Gewerkschaft Egitim-SEN am 23. November eine Versammlung unter dem Motto „Für unsere Rechte, unsere Zukunft und das Recht auf Bildung für unsere Kinder“ durchgeführt. Man muss wissen, dass unsere Vereinigung 2015 Opfer eines Bombenanschlags des IS wurde, bei dem drei unserer Kollegen getötet wurden. Dies war also unsere erste Versammlung nach dem Anschlag, bei der sich Vertreter aus allen Provinzen getroffen haben.

Am 25. November sind Hunderttausende Frauen anlässlich des „Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen“ auf die Straße gegangen, trotz aller Verbote und trotz des Eingreifens der Polizei mit Plastikgeschossen.

Zurzeit sitzen – wie Louisa Hanoune – viele unserer Kolleg*innen in der Türkei im Gefängnis... Durch den Kampf für die Freilassung Louisa Hanounes werden auch unsere Hoffnungen auf ein Netzwerk des Widerstands auf internationaler Ebene genährt.

Wir haben immer Vertrauen in den internationalen Kampf gesetzt, in die Solidarität zwischen den Völkern – und wir glauben weiterhin daran.

REDEBEITRAG EINES DELEGIERTEN AUS DEM SUDAN (AUSZÜGE)

Das sudanesisches Volk lebt seit 30 Jahren unter einem diktatorischen militärisch-islamistischen Regime, das sich 1989 mit einem Staatsstreich gegen eine demokratische Regierung an die Macht geputscht hat.

Nach der Machtergreifung wurden alle Parteien und alle Gewerkschaften aufgelöst, die meisten der Arbeiter, die dem Regime ablehnend gegenüberstanden, entlassen und die großen Sektoren der Arbeiterklasse zerschlagen – wie zum Beispiel die Eisenbahn, den Textilbereich und landwirtschaftliche Projekte wie die Gezira, das seinerzeit größte landwirtschaftliche Projekt in Afrika.

Im letzten Dezember brach eine Widerstandsbewegung auf allen Straßen und in allen Orten des Sudan aus. Die längste friedliche Revolution, die das Land je gesehen hat: sie dauerte vom 19. Dezember letzten Jahres bis zum 11. April und führte zum Sturz des Regimes von Al Baschir, der das Land zerstört, die Bevölkerung verarmt, sowie etliche Konflikte in vielen Regionen des Landes angezettelt hatte. Er ist auch für die Abspaltung des Südsudan, eines kostbaren Teils unseres Territoriums, nach einem langen und erschöpfenden Krieg im Jahr 2011 verantwortlich.

Durch den Sturz des Al-Baschir-Regimes befreite sich das sudanesisches Volk von 30 Jahren Unterdrückung

und Diskriminierung, es hat seine Revolution mit etwa hundert Opfern bezahlt.

Aber unsere Revolution steht auf der Kippe, vor allem wegen der Einmischung des Imperialismus und seiner Diener in der arabischen Welt – vor allem von Saudi-Arabien und den Emiraten. Und wegen der Beteiligung der Armee und der Milizen des alten Regimes an der neuen Macht, obwohl jeder weiß, dass sie die Verantwortlichen für das Massaker an den Revolutionären vom letzten 3. Juni sind, als sie ein Sit-in von Demonstranten vor dem Hauptquartier der Armee angriffen und auseinander jagten, wobei es mehrere Tote und Verletzte gab.

Die Wiederherstellung des Rechts wird nur mit der Wiederherstellung der Rolle der Gewerkschaften gelingen, die seit mehr als 30 Jahren im Land praktisch nicht mehr vorhanden sind.

Zum Schluss möchten wir unsere volle Solidarität mit der Kämpferin Louisa Hanoune ausdrücken, die in den Kerkern des algerischen Regimes gefangen gehalten wird, sowie mit all den Kämpfern gegen die Regime im Sold des Imperialismus und mit allen Kämpfern, die für die Rechte der Arbeiter und der Armen auf der ganzen Welt eintreten.

REDEBEITRAG EINES DELEGIERTEN AUS RUMÄNIEN (AUSZÜGE)

Wir, die Delegierten aus Rumänien für das IVK, unterstützen die Notwendigkeit, ein Manifest zu erarbeiten, in dem das IVK sich für den Ausbau der internationalen Verbindungen zum besseren Austausch von Informationen ausspricht, für die Abstimmung unserer Aktionen und die gewerkschaftliche Solidarität.

Entsprechend wollen wir Euch darüber informieren, dass es in diesem Jahr in Rumänien einige Streiks gegeben hat. Anfang Januar brach ein etwa eine Woche dauernder spontaner Streik mit circa 8000 Bergarbeitern aus, die die Arbeit für die Forderung nach Lohnerhöhung und Urlaubskonten niederlegten. Es wurden eine monatliche Lohnerhöhung von 200 Euro und zusätzliche Urlaubstage im Wert von 400 Euro erkämpft.

Der bedeutendste Streik war der bei Electrulux, wo die Beschäftigten nach drei Monaten Arbeitsniederlegungen ihre Forderungen durchsetzen konnten. Bei Astra Rail-Arad brach ein Streik ohne Einverständnis der Gewerkschaftsführung aus. Die Streikenden wurden von anderen Gewerkschaftsorganisationen finanziell und materiell unterstützt. Anhand dieser Beispiele zeigt sich, dass nur der vereinte Kampf der Arbeiter die kapitalistische Ausbeutung ins Wanken bringen

kann. Dazu ist es aber notwendig, die Solidarität und die politische Organisierung der Arbeiterklasse noch zu verstärken.

Fehlt ein wirklicher sozialer Dialog, können die Gewerkschaften keine Rechte für die Beschäftigten durchsetzen, nicht einmal in Rumänien mit den niedrigsten Löhnen und den schlechtesten Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union. Diese Situation hat fast die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung als Migranten in die westlichen Länder getrieben.

Wir unterstützen voll und ganz die Ausweitung der Kampagne für die Befreiung der Kämpferin Louisa Hanoune und der politischen Gefangenen in Algerien und in aller Welt.

Wir unterstützen den Kampf gegen den Krieg, einschließlich auf dem afrikanischen Kontinent, und meinen, dass in unserer Diskussion im IVK die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen herausgearbeitet werden sollten, die zu bewaffneten Konflikten führen, um diese für immer zu eliminieren.

Und schließlich unterstützen wir den Vorschlag eines internationalen Tages gegen Krieg und Repression.

INTERVIEW MIT NELSON HERRERA PEREZ, ABGEORDNETER DER VERFASSUNGSGEBENDEN VERSAMMLUNG VENEZUELAS

Guten Tag, würdest Du Dich bitte vorstellen?

Ich bin Nelson Herrera Perez. Ich bin Venezolaner und 33 Jahre alt. Ich bin Abgeordneter der Verfassunggebenden Versammlung für den Arbeiterbereich, Generalsekretär beim stellvertretenden Präsidenten der Arbeiterklasse in der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas und nationaler Koordinator der Gewerkschaft für Wohnung und Miete innerhalb des Bolivari-schen Gewerkschaftsbundes.

Welche Bedeutung hat dieses Treffen für Deinen Kampf in Venezuela?

Es wird erlauben, den großen weltweiten Herausforderungen für den Kampf gegen den Neoliberalismus zu begegnen, für die Verteidigung der sozialen und Ar-

beitsrechte der Arbeiter und Arbeiterinnen auf der ganzen Welt. Es wird auch ermöglichen, die bolivari-sche Idee und die Solidarität mit den Kämpfen zu stärken, die auf internationaler Ebene gegen die verschiedenen Formen der Ausbeutung durch den Kapitalismus stattfinden. Es ist ein Stützpunkt für die Arbeiter, die Beschäftigten, die Freiberufler, Techniker, Studenten, Bauern, Fischer, Rentner – für alle Männer und Frauen, die in Würde leben wollen.

Darüber hinaus gibt es uns Vertrauen und hebt das Bewusstsein über die durch den Neoliberalismus auf der ganzen Welt verursachten Zerstörungen, die die Arbeiter lähmen, weil sie die ganze Last der Krise auf ihren Schultern tragen müssen.

Dieses Treffen bestärkt uns darin, den Kampf und den Widerstand fortzusetzen. Es bestätigt noch einmal die Notwendigkeit,

- die Verbindungen der Arbeiterbewegung (...) zu stärken;
- alle Arbeiter in Gewerkschaften und Produktionskomitees der Arbeiter zu organisieren;
- ein Verwaltungsmodell und einen Produktionsplan zu erstellen, die von den Gewerkschaftsorganisationen und den Produktionskomitees der Arbeiter verwaltet werden;
- mit noch größerer Entschlossenheit die Arbeiterrechte zu verteidigen, ihren unangreifbaren Charakter und ihre Stärkung;

- die Souveränität gegen jeden ausländischen oder Banden-Angriff zu verteidigen, (...) – „wenn nötig auch mit Waffengewalt“;

- eine große konstitutionelle und globale Plattform zu schaffen mit einer integren Führung, um den Kampf gegen den Neoliberalismus zu führen;
- ein Kommunikationsnetz aufzubauen, um dem Problem der Angriffe der Medien zu begegnen, die die Wahrheit verschleiern;
- damit zu beginnen, neue Führungskräfte (...) auszubilden und aufzubauen, die unabhängig von jeder Regierung sein sollen und die nur den Arbeitern und dem Nationalstaat verantwortlich sind.

VEREINIGTE STAATEN INTERVIEW MIT MARLENA CEBALLOS, LEHRERGEWERKSCHAFTERIN IN CHICAGO

Kannst Du Dich unseren Lesern vorstellen?

Ich bin Lehrerin in einer zweisprachigen Klasse in Chicago und Gewerkschafterin. Wir haben soeben einen zwölf Tage dauernden Streik in den Chicagoer Schulen geführt, was es seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Zudem war es ein Streik gemeinsam mit dem nicht lehrenden Personal der SEIU-Gewerkschaft in Chicago. Wir haben einiges erreichen können, besonders was das Recht unserer Kinder auf zweisprachige Erziehung betrifft, in einer Stadt, in der viele Kinder zu Hause kein Englisch sprechen. Dieser Streik hat zwangsläufig Fragen zur Einwanderungspolitik der USA aufgeworfen. Der Schule kommt eine wichtige Rolle zu, wenn die Kinder tagtäglich mit immer mehr Gewalt konfrontiert sind: einer meiner Schüler wurde während des Streiks mit einer Schusswaffe getötet. Natürlich, das ist ein Schicksal, das einen eher trifft, wenn man in einem schwarzen oder einem Latino-Viertel lebt. Und gerade in diesen Vierteln verursacht die zunehmende Privatisierung der Schulen die schlimmsten Zerstörungen.

Was denkst Du über dieses Treffen der IVK?

Ich habe auf diesem Treffen viel gelernt. Ich habe von vielen Problemen auf der ganzen Welt erfahren, die mir so nicht bewusst waren. Man könnte sagen, dass die Medien in allen Ländern uns keine Kenntnis davon übermitteln, was in den anderen Ländern vor sich geht – aber gleichzeitig verschweigen sie uns auch, was in unserem eigenen Land passiert. Es war also eine gute Gelegenheit, sich kennenzulernen und über diese Probleme zu diskutieren, aber auch zu beschließen, wie man die Arbeit nun fortführen kann.

Die Position der USA in der Welt ist eine ganz besondere...

Es fällt mir schwer es zu sagen, aber ich weiß, ich bin ein Teil des Widerstands, des Widerstands innerhalb der USA. Wir sind vollkommen solidarisch. Wir sind dabei, eine nationale Allianz gegen Rassismus und Unterdrückung aufzubauen. Sie bekommt bereits die Unterstützung von vielen nationalen Organisationen, es sind schon mehr als 40. Diese Organisation im Aufbau konnte auch Frank Chapman gewinnen, einen ehemaligen Black Panther, der auch im Gefängnis war. Wenn ich zurück bin, werde ich in dieser Richtung weiterarbeiten, um eine noch stärkere Koalition aufzubauen. Ich werde mich nicht mit einer persönlichen

Unterstützung begnügen, sondern mich aktiv in diese Organisation einbringen.

Die Präsidentschaftswahlen stehen bald bevor und der Kampf der Kandidaten bei den Demokraten ist in vollem Gange. Man sagt, alles in den USA konzentrierte sich nur noch auf diese Frage.

Das mag für die Bevölkerung im Allgemeinen stimmen, aber unsere Arbeit als Kämpfer besteht darin, über alles zu informieren, über alles, was in unseren Städten passiert, in unseren Staaten und auch auf internationaler Ebene. Eine Sache, die mir auf dieser Konferenz bewusst geworden ist – neben vielem anderen -, ist die Notwendigkeit einer aktiven Solidarität mit Palästina. Und ich werde versuchen, mich auch da einzubringen, mit Palästinensern, die in den USA leben. Ich habe auch damit begonnen, den Aufruf für Louisa bekannt zu machen, und wir hoffen, diese Arbeit gemeinsam fortzuführen.

Möchtest Du noch etwas hinzufügen?

Wir als Kämpfer der Vereinigten Staaten haben dazu beigetragen, politische Gefangene aus dem Gefängnis zu befreien, wie Frank Chapman, den ich bereits erwähnt habe, oder Oscar Lopez aus Puerto Rico. Wir haben in diesem Bereich schon einiges erreichen können. Wir müssen weiter Verbindungen aufbauen, auch in Richtung Puerto Rico. Ich bin erst seit drei Jahren im Kampf engagiert, und ich habe noch viel zu lernen: Wir haben eine ganze Geschichte zu bewahren. Es gibt in Chicago eine ganze Gruppe der puertoricanischen Emigration, und wir arbeiten auch in dieser mit. Sie sind eine Gruppe in Chicago, die sehr aktiv ist. Vieles, was sich auf Weltebene vollzieht, passiert auch innerhalb der USA: Menschenhandel, Mord an Schwarzen und Latinos... Wir müssen unseren Kampf fortsetzen, in Verbindung mit den Aktivitäten auf internationaler Ebene.



DEUTSCHLAND: GOTTHARD KRUPP

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(...) Die Mobilisierung der Arbeiter und Völker, die in Europa heranreift, ist eng verbunden mit dem revolutionären Aufstand des algerischen Volkes für den Regime- und Systemwechsel.

Auch in Europa findet es seinen Ausdruck, dass der Kampf der Arbeiter und Völker für den Sturz des Systems der imperialistischen Herrschaftsordnung und seiner Institutionen, EU und IWF, in eine neue Phase eintritt. Alle Staaten Europas, alle politischen Institutionen, befinden sich in einer ausweglosen Krise. (...)

Am spektakulärsten hat sich das Signal des heranreifenden revolutionären Prozesses in der Bewegung der Gelbwesten in Frankreich gezeigt gegen die Regierung und das Regime von Macron und in der Entwicklung zum Massenstreik am 5. Dezember.

In den Ländern Osteuropas wie in Polen, Ungarn, Tschechien... zeigt sich eine neue Welle von Klassenkämpfen. So berichtete z.B. die Delegierte aus Polen auf der europäischen Konferenz im Mai in Paris, dass dieses „vom Kapitalismus verwüstete Land ... am Vorabend neuer Arbeiterkämpfe“ steht. (...)

In Deutschland hat die zunehmende Ablehnung der zerstörerischen Agenda-Politik des Kaputtsparens, der Deregulierung und Prekarisierung durch die gesellschaftliche Mehrheit die Große Koalition in ein politisches Siechtum getrieben, dessen konzentriertester Ausdruck die Untergangskrise der SPD ist. Diese Ablehnung richtet sich auf das gesamte politische System der etablierten, institutionellen Parteien, die sich alle der Agenda-Politik verpflichtet haben und die in allen letzten Wahlen dramatische Stimmverluste erlitten haben. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands findet sich keine regierungsfähige parlamentarische Mehrheit.

Deutschland, das wirtschaftlich stärkste Land in Europa und, so die Hoffnung der Herrschenden, Garant der Stabilität, ist mit dieser massiv geschwächten Regierung zum Faktor einer neuen Etappe der Destabilisierung der politisch und ökonomisch zerfallenden EU geworden (...)

Vor 30 Jahren, 1989, hat die revolutionäre Bewegung des Volkes in Ostdeutschland die Mauer von Berlin und die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie in dem gewaltsam abgespaltenen Teil Deutschlands, gestürzt. (...)

Doch das Volk wurde um die Früchte der politischen Revolution betrogen, indem es der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen unterworfen wurde. Die Folge war: ein industrieller (4 Millionen Arbeitsplätze wurden liquidiert) und ein brutaler sozialer Kahlschlag. (...)

Heute hat das Volk in den Wahlen in den ostdeutschen Ländern mit der vernichtenden Absage an die Parteien der Regierung der Großen Koalition seine Bilanz der Agenda-Politik gezogen. In dem spektakulären Stimmenzuwachs der rechtspopulistischen AfD will sich die Wut und Ablehnung gegen alle etablierten Parteien der kapitalistischen Agenda-Politik und ihre Regierenden in der Großen Koalition wie in den Ländern ausdrücken. (...)

Von allen Parteien – einschließlich der Gewerkschaftsführungen – wird diese politische Revolte in den ostdeutschen Ländern über die Proteststimmen für die AfD als antidemokratisch und Rechtsruck dämonisiert, um abzulenken von der Ablehnung der sozial- verhassten arbeitnehmerfeindlichen Agenda-Politik und so die Regierung der Großen Koalition zu verteidigen. (...)

Die politische Erhebung, die sich in den Wahlen ausdrückt, kündigt den Reifungsprozess der sozialen Erhebung an. Von dieser politischen Revolte in Ostdeutschland geht ein Impuls für den Westen Deutschlands aus, das betrifft die Brennpunktregionen wie das Ruhrgebiet, wo die Arbeiterschaft besonders von Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Armut betroffen ist. Aber auch in Baden-Württemberg, wo die Arbeiterschaft zunehmend nach ihren Gewerkschaften greift, - um sich im Widerstand gegen die drohende Vernichtung 10.000er Arbeitsplätze zu organisieren. Das setzt die Durchbrechung des Streikverbots gegen strategische Unternehmens- und Regierungsentscheidungen für den gewerkschaftlich organisierten Kampf auf die



Deutsche Delegation auf dem Treffen der IVK in Paris, Michael Altmann, Cornelia Matzke, Charlotte Rutz-Sperling und Gotthard Krupp

Tagesordnung.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Entlassungen und die Senkung der Kosten der Arbeit - für die Verteidigung der Arbeitsplätze und Löhne - verbindet sich besonders mit den Kämpfen der Arbeiter in den Ländern Osteuropas, wie Polen, Ungarn, Tschechien..., weil sie vor allem über die industriellen Produktions- und Lieferketten eng miteinander verbunden sind.

Alle Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Völker in ganz Europa beginnen sich zu verwirklichen.

Deshalb begrüßen wir, die Delegierten aus Deutschland, ganz besonders den Vorschlag, über permanente Korrespondenten dieses Treffens einen ständigen politischen Austausch zu sichern, um damit einen Beitrag dafür zu leisten und den Arbeitern und Völkern zu helfen,, das System der kapitalistischen Ausbeutung zu besiegen.

Ebenso sind wir davon überzeugt, dass dieses Treffen helfen wird, Wege zu finden, um dem schon weltweit geführten Kampf für die Freilassung von Louisa Hanoune und der Unterstützung der revolutionären Bewegung des algerischen Volkes einen neuen Impuls zu geben.

»Briefe der IAV« im Internet:
www.iavinfo.de

SAHEL

GEMEINSAMES INTERVIEW MIT DREI GEWERKSCHAFTSVERANTWORTLICHEN AUS MALI, NIGER UND BURKINA FASO AUF DEM TREFFEN DER IVK, NOVEMBER 2019

Frage: Die französische Regierung betont immer wieder, ihre militärische Intervention diene einzig und allein der Bekämpfung des Terrorismus. Wie denkt Ihr darüber?



Mustapha Guitteye (Mali):

Seit dem Mord an Oberst Ghaddafi durch die Nato und die französische Regierung sind die Länder des Sahel in Gefahr. Man muss daran erinnern, dass Frankreich noch während ihrer Luftangriffe auf Libyen 2011 mit den Rebellen in Benghazi ver-

handelt hat und ihnen dann erlaubte, sich schwer bewaffnet in Regionen in Mali und Niger abzusetzen. Danach brach 2012 in Mali eine Rebellion aus. Zunächst ging sie vom MNLA aus und wurde dann auch von Aqmi, der Mukao (1) und all den anderen Terroristen unterstützt.

Am 7. Januar 2013 wurde der französische Botschafter von dem Übergangspräsidenten Dioncounda empfangen, von dem er die Unterzeichnung eines Briefes mit der Forderung nach einer französischen Intervention verlangte. Was er auch tat, und so begann die Operation Serval am 11. Januar.

Wirklich aberwitzig dabei ist die Tatsache, dass ein großer Terrorist, der Rebellenanführer Iyad Ag Aly (2), der die Unabhängigkeit Azawads (3) ausgerufen hatte, am 10. und 11. bereits vor den Toren Moptis stand. Er erhielt damals von den französischen Autoritäten Informationen über den bevorstehenden Angriff, um sich rechtzeitig zurückziehen zu können. Das tat er auch, mit 500 schwer bewaffneten Pickups. Von da an und bis heute sitzt er wie ein König in Kidal. Im Rahmen der Operation Serval wurden terroristische Gruppen aus Gao, Timbuktu und anderen Orten vertrieben – Kidal wurde stets verschont.

Die Frage ist: Warum verhindert die französische Armee, dass die malische Armee in Kidal eindringt? Nur einmal hat die malische Armee dies versucht – 2014 unter dem damaligen Premierminister Moussa Mara. Sechs Vertretern der Regierungsdelegation wurde die Kehle durchgeschnitten, die Soldaten wurden geschlagen wie Hunde. Ein dschihadistischer Angriff? Nein, eine Untersuchung bewies: die Kugeln kamen aus französischen Waffen. Es waren Söldner.

Nicolas Ouedraogo (Burkina Faso): Wir sind Opfer einer Zunahme des Terrorismus mit seiner Begleiterscheinung, dem Leiden unseres Volkes.



Der Imperialismus führt mit Hilfe terroristischer Gruppen einen Krieg gegen uns, um sich unsere Ressourcen einzuverleiben. Die heute geforderte Errichtung eines

unabhängigen Staates Azawad auf dem dafür vorgesehenen Gebiet ist ein altes Projekt Frankreichs aus den 1960er Jahren, um die Kontrolle über die Sahara und ihre umfangreichen Ressourcen an Öl, Gas und Mineralien zu erlangen und dort seine Atomwaffentests durchzuführen.

Was Burkina Faso betrifft, gibt es noch einen weiteren Grund: Dort gab es im Oktober 2014 eine Volkserhebung, die das Regime, einen privilegierten Knecht des französischen Imperialismus, davonjagte. Das alte

Regime versuchte dann, durch einen Militärputsch wieder an die Macht zu gelangen, aber wieder organisierte unser Volk in einem patriotischen Aufbruch den Widerstand und blieb siegreich. Es gab einen Prozess, und zwei Generäle des alten Regimes, die in den Putsch verstrickt waren, sitzen hinter Gittern. Aber ihre Freunde, die Kofferträger des Franko-Afrika, waren die wahren Terroristen. Und jetzt führt Frankreich Krieg gegen uns, damit wir unseren Aufstand bereuen.



Amadou Djibo (Niger): Die augenblickliche Situation in Niger ist das Resultat der imperialistischen Intervention in Libyen.

Präsident Issoufou (4) hat gesagt, der Westen habe versäumt, für den After-Sale-(Nachbetreuungs-) Service zu sorgen. Ich dagegen würde sagen, es hat nie einen Service gegeben, sondern schlicht und einfach nur Zerstörung. Das ist das Reißbrettschema, das auf alle Staaten des Sahel ausgedehnt wird. Damals hieß es, die libyschen Waffen seien über den ganzen Sahel verstreut worden. Seit sieben oder acht Jahren wird das so wiederholt. Aber sind das heute immer noch dieselben Waffen? Wahrscheinlich existieren sie längst nicht mehr, und diese Terrorgruppen erhalten immer neue.

Die Zone, in der sich der Terrorismus ausbreitet, deckt sich mit der Bergbauregion an den Grenzen von Mali, Burkina und Niger. Das gilt auch für die Agadem-Zone in Niger.

Es gibt Regionen, in der bewaffnete Gruppen der Bevölkerung ungestraft Steuern abpressen, und vom Staat weit und breit nichts zu sehen ist. Sie kommen ganz offen auf ihren Motorrädern und führen ihre Attacken durch, trotz der enormen Präsenz ausländischer Kräfte mit ihrer Spitzentechnologie. Unsere Bevölkerung versteht das nicht und empfindet es als eine Komplizenschaft zwischen den imperialistischen Kräften und solchen Netzwerken.

Frage: Und wie geht es weiter?

Mustapha Guitteye: Seit zwei Jahren müssen wir beobachten, dass terroristische Angriffe, bei denen ganze Dörfer zerstört werden, immer mehr zunehmen. Das ist die Handschrift von Söldnern, daran gibt es keinen Zweifel. Uns aber, der öffentlichen Meinung in Mali, will man weismachen, es handele sich um ethnische Konflikte zwischen Peuls und Dongons.

Aber fragst du Peuls oder Dongons, weisen sie das empört von sich. Wer also kommt mit Methode und Professionalität, um ein ganzes Dorf zu ermorden? Es können nur Söldner sein.

Der neuste Dreh besteht darin, die Schulen anzugreifen und die Menschen solange zu traumatisieren, bis sie ihre Gegend verlassen. Wer trägt die Verantwortung? Wohl Frankreich, das koste es, was es wolle, unsere Ressourcen plündern und unser Land spalten will. Der Sahel-Sahara-Streifen wird heute von Frankreich kontrolliert. Alle strategischen Posten der Minusma (5) sind in den Händen Frankreichs. Selbst auf höchster Ebene des Präsidenten der Republik gibt es einen Sonderberater in Sicherheitsfragen – natürlich ein Franzose.

Ein geostrategisches Problem, davon bin ich überzeugt.

Nicolas Ouedraogo: Ein weiteres Problem: Der Krieg

hat Hunderte Tote – Zivilisten und Militärs – gefordert, die Zerstörung unserer militärischen Verteidigungsmittel bewirkt und zahlreiche Menschen innerhalb unserer Länder zu Flüchtlingen gemacht – ungefähr 800.000. Sie leben heute unter widrigsten Bedingungen. Sie mussten ihren Acker, ihr Vieh, ihre Häuser verlassen. Es zeichnet sich ein humanitäres Drama ab, es fehlt an Nahrungsmitteln und anderem notwendigen Grundbedarfsgütern, der Winter kündigt sich bereits mit erster Kälte und Sturm an. Die Bevölkerung muss das erleiden.

Amadou Djibo: Je mehr sich die imperialistischen Kräfte einrichten, desto schlimmer wird die Sicherheitslage. Das ist der Bevölkerung aber noch nicht klar.

Der Imperialismus profitierte von der Unterstützung oder einer gewissen Komplizenschaft einiger proimperialistischer Regimes, die er erfolgreich installiert hat und die ihm seine Arbeit erleichtern. Vor 2012 gab es bei uns keine ausländische Basis. Heute sind wir von französischen, amerikanischen, deutschen und italienischen Truppen besetzt. Und jeden Tag landen neue Waffen und Ausrüstung bei uns.

Es ist an uns, den jungen Afrikanern, unsere Leute zu sensibilisieren und zu erkunden, wie wir unsere Regimes zu einer Änderung ihres Verhaltens bringen – oder sie loswerden können.

Die Diffa-Zone wird zusätzlich vom Terror der Boko Haram heimgesucht. Auch bei ihnen weiß man nicht, woher sie ihre Waffen beziehen. Mit Sicherheit nicht mehr aus Libyen. Da gibt es andere Lieferanten, die sie sogar mit schwerer Ausrüstung, wie zum Beispiel Panzern versorgen. Das ist nicht zulässig. Wie konnten solche Waffen bis in unser Land gelangen? Da treten doch massive Komplizenschaften in Erscheinung.

Frage: Die Forderung des Rückzugs aller ausländischer Truppen scheint von der Bevölkerung mehr und mehr geteilt zu werden.

Mustapha Guitteye:

Wir müssen diesen Kampf führen. Es entwickelt sich eine Jugendbewegung, die sagt: „Haut ab, es reicht, wir wissen Bescheid!“ Wir lassen uns nicht noch einmal kolonisieren. Der französischen Regierung und Macron sage ich: kümmert Euch erstmal um die Lebensbedingungen der Franzosen zu Hause. Da gibt es viel zu tun. Lastet uns in Frieden. Wir lösen unsere Probleme selbst. Und das sind in Mali nicht mehr die

Dschihadisten. Es gibt überall die von den Franzosen und ihren Verbündeten großgezogenen Terroristen. Der Imperialismus will unsere afrikanischen Staaten immer noch beherrschen. Doch das wird nicht mehr gelingen.

Nicolas Ouedraogo: Unser Volk resigniert nicht, es kämpft und es hat heute verstanden, dass der Terrorismus ein Instrument des Imperialismus ist, das er für seine Zwecke einsetzt und mit dem er uns den Krieg aufzwingt. Das Volk mobilisiert sich heute, um das Ende der militärischen und wirtschaftlichen Abkommen sowie den Abzug aller Militärbasen und aller Truppen zu fordern, damit wir in voller Souveränität für das Wohl unserer Bevölkerung wirken und Schluss mit dem Elend machen können. Es resigniert nicht. Der Kampf ist klar. Heute beginnt sich eine Front herauszubilden. Es gibt bereits einen Aufruf eines Zusammenschlusses von Organisationen für eine Aktionseinheit des Volkes auf einer Plattform, die den Abzug aller fremden Truppen fordert und sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten einsetzt.

Amadou Djibo: Die Jugend beginnt, für den Abzug der ausländischen Truppen zu demonstrieren. Dies aber nicht aufgrund eines antifranzösischen Gefühls. Sie richten sich vielmehr gegen das französische imperialistische System, das dabei ist, die Länder des Sahel zu zerstören.

1) Nationale Befreiungsbewegung in Azawad; Al Qaida im islamistischen Maghreb; Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika - offiziell seit 2012 miteinander verbündet.

2) Heute Anführer der Gruppe der Unterstützer des Islam und der Musulmanen, war er in den 90er Jahren der Gründer der Nationalen Befreiungsbewegung in Azawad, die zu Beginn des französischen Angriffs ihren Sitz in Libyen hatte. Bekannt für seine ausgezeichneten Verbindungen zu französischen Geheimdiensten wurde er gerne von diesen bei Geiselnahmen mit Verhandlungen mit islamistischen Gruppen betraut.

3) Azawad erstreckt sich auf das etwa 800.000 Quadratkilometer große Gebiet der Sahelzone im Norden Malis.

4) Der aktuelle Präsident des Niger.

5) Im Rahmen der UN-Mission Minusma sind 15.000 Soldaten in Mali stationiert.

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO: MODESTE N'DONGALA SIBU, GEWERKSCHAFTER

Ich möchte mich bei euch allen bedanken, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ihr uns zu dieser 2. IVK-Konferenz eingeladen habt. Doch gleichzeitig möchte ich meine Schmerzen und Bedauern ausdrücken, dass Louisa Hanoune nicht unter uns sein kann.

Was mein Land, die Demokratische Republik Kongo, ein Land im Herzen Afrikas, betrifft, das so begehrt wegen seiner riesigen Bodenschätze ist, hat dort diesmal der Machtwechsel ohne den von uns allen befürchteten Putsch und Blutvergießen stattgefunden. Eine Handvoll Politiker klammerte sich an seine Privilegien, Vorteile, Pfründe und wollte mit aller Macht die alte Ordnung verewigen, während die überwältigende Mehrheit des Volkes bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen will. Auch darum wird ein harter Kampf geführt. Hinzu kommt die noch nicht überwundene Gefahr der Balkanisierung unseres Landes. Laut einigen Indiskretionen werden alle möglichen Operationen einschließlich militärischer vorbereitet, um diejenigen Provinzen abzutrennen und in unabhängige Staaten zu verwandeln, in denen es reiche Erzvorkommen geben

wird, die von den multinationalen Konzernen für die Spitzentechnologien gesucht werden. Bewaffneten Milizen und anderen Terrorbanden, die besonders im Ostkongo Tod und Verzweiflung verbreiten, erlauben so die Plünderung der besagten Erze, ohne jede Beteiligung der lokalen Gemeinden.



In unserem Land ist die größte UNO-Truppe stationiert, die früher Monuc hieß, heute Monusco. Trotz ihrer Präsenz in den Konfliktzonen operieren die anderen bewaffneten Gruppen, als ob die UNO-Truppe nicht existiere. Dagegen protestiert die Bevölkerung. Seid nicht überrascht, wenn bald eine große Welle des Volksprotestes den Abzug dieser UNO-Truppe fordert. Man fragt sich ständig, ob ihre Präsenz nicht heimlichen Interessen, verdeckten Plänen dient.

Meine Gewerkschaft UNTC macht sich zum Sprachrohr dieser Arbeiter*innen, die unter diesen Qualen und Gräueltaten leiden, um die Wiederherstellung des Friedens im Lande zu fordern. Sie erhebt ihre Stimme gemeinsam mit allen anderen sozialen Bewegungen für dieses Ziel.

Ich nutze hier die Gelegenheit, um mich bei allen Organisationen zu bedanken, die seit Algier im Dezember 2017 uns bei unseren Kämpfen Unterstützung und Solidarität gegeben haben. Wir bitten sie, nicht nachzulassen, solange Ausbeutung und Plünderung weiter-

gehen und solange die bewaffneten Truppen ihre makabren Operationen fortsetzen.

Wir danken mit Hochachtung dem IVK, dass es diese großartige und dynamische Plattform geschaffen hat, die ein Kennenlernen untereinander und das Verfolgen der Kämpfe der Arbeiter*innen und Völker in der ganzen Welt ermöglicht. Das ermutigt uns auch in unseren eigenen Kämpfen.

Denn nur der Kampf führt in die Freiheit. Und durch gemeinsamen Kampf werden wir siegen!

ARGENTINIEN

INTERVIEW MIT DORA MARTINEZ, STELLVERTRETENDE SEKRETÄRIN DES UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTSBUNDES VON ARGENTINIEN

Frage: Was denkst Du über die Bedeutung dieser Konferenz?

Dora Martinez: Sie gibt den verschiedenen Kämpfen der Arbeiter in den einzelnen Ländern Kraft, sowohl in Europa als auch in Amerika. Diese Kämpfe haben einen gemeinsamen Nenner: die Verteidigung ihrer Länder als souveräne Länder, was sich in ihrem jeweiligen Kampf gegen Interventionen des Imperialismus oder für die Selbstbestimmung der Völker ausdrückt, die ihre Unabhängigkeit einfordern. Die Kämpfe in Haiti, in Palästina sind dafür Beispiel. Sie bestärken uns, die wir uns auf die Arbeiterklasse berufen, in unserem Kampf gegen die rechten Regierungen, dieselben, die unser Lebensbedingungen angreifen wollen, die den Arbeiter verachten und sich an den Löhnen vergreifen, die Arbeitsbedingungen und die Sozialversicherung zerstören.

Sie vergreifen sich am öffentlichen Gesundheitswesen, an der Bildung und an den Renten. Der weltweite Austausch unter den Gewerkschaften verstärkt den politischen Kampf der Arbeiterorganisationen. Es ist nicht nur ein Kampf für Forderungen, sondern ein politischer Kampf, weil er sich die Ablehnung des globalisierten kapitalistischen Systems zu eigen macht, hierarchisierte Machtverhältnisse zurückweist und die Auseinandersetzung mit dem ganzen ungerechten System des Kapitals sucht, das die Ursache für Kriege und die Armut unserer Völker ist.

Deshalb ist es so wichtig, dass diese Konferenz unsere Identität als Arbeiterklasse bestärkt, um dem gemeinsamen Feind entgegenzutreten zu können: dem Imperialismus, dem Kapital, den Diktaturen.

So gibt es eine starke Bewegung auf diesem Treffen, um die Freilassung von Louisa Hanoune zu erreichen, die den Kampf des Volkes für Freiheit und Demokratie repräsentiert.

Frage: Wie beurteilst Du die Situation in Argentinien im Rahmen der aktuellen Entwicklung der Ereignisse in Lateinamerika?

Dora Martinez: In Argentinien steht ein Regierungswechsel bevor. Die Gewerkschaftsbewegung hatte sich gegen die vom Ausland gesteuerte Rechte des Landes (die Regierung Macri) gewandt. Es ist ihr gelungen, das Kräfteverhältnis bei den Wahlen im Oktober umzudrehen, wobei sie sich mit der sozialen Bewegung verbündet hat. Das Volk hat der Politik der Strukturanpassungen-Entlassungen, der Plünderung der Böden, des Ausverkaufs der Ressourcen, des Wassers, der Energie usw. eine Abfuhr erteilt.

Und das jetzt, da der Kontinent durch die Kämpfe der Völker Chiles, Kolumbiens, Equadors, Puerto Ricos und Brasiliens – unter dem Motto Lula Libre! – bereits erschüttert wird.

Nicht zu vergessen die Mobilisierung gegen den Staatsstreich und die Vertreibung von Evo Morales ins mexikanische Exil in Bolivien.

Wir in Argentinien haben die Hoffnung, dass wir den Aufbau eines Kontinents voranbringen, der sich mit den Arbeitern der Welt – und aller Kontinente – verbindet, damit wir zusammen gegen unseren gemeinsamen Feind kämpfen können: das Empire (so bezeichnen die Aktivisten den amerikanischen Imperialismus, d. Red.), die Kolonisierung, den Kapitalismus, die neoliberale Politik.



Dabei geht es auch um die Verteidigung der Demokratien, die von den halb zivilen - halb militärischen Regierungen des Empire unter Trump bedroht sind. Hände weg von Kuba, Venezuela und Lateinamerika!

Frage: Wodurch zeichnet sich die Mobilisierung der Arbeiterklasse und des Volkes in Argentinien aus?

Dora Martinez: Hauptsächlich in Form der massiven Mobilisierung durch die Gewerkschaftsbünde und ihre Mitgliedsorganisationen.

Im Laufe der letzten vier Jahre unter der Regierung der Rechten haben die Mobilisierungen für die Verteidigung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Sozialversicherung einen immer schärferen Charakter angenommen. Zu allen Mobilisierungen haben die beiden CTA aufgerufen (der Gewerkschaftsbund von Argentinien bzw. der unabhängige Gewerkschaftsbund), aber auch militante Sektoren der CGT.

Dazu gab es noch Mobilisierungen gegen sexuelle Diskriminierung oder für das Recht auf Abtreibung, zu denen die entsprechenden sozialen Verbände massiv aufgerufen haben. Sie hatten so viel Zulauf, dass sie am Ende nur noch „die grüne Flut“ genannt wurden.

Die Arbeiterklasse aber bildete in Verbindung mit allen Volksschichten den Kern des Widerstands gegen die neoliberale Politik der rechten Regierung Macri, die die Vorgaben des IWF und des Imperialismus buchstabengetreu umgesetzt hat. Es gab anti-imperialistische Tage zur Unterstützung des Kampfes auf dem Kontinent und für die Freilassung Lulas, zu denen wir mit den Gewerkschaftsbünden aufgerufen haben. Sie fanden ihren massiven Widerhall auf der Straße, unterstützt von allen Organisationen für die Verteidigung der Menschenrechte, für die Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, der Gewerkschaftsfreiheit und der Selbstbestimmung.

Frage: In welcher Form drückt sich die Arbeiterklasse Argentiniens politisch aus?

Dora Martinez: Die Arbeiterklasse Argentiniens findet ihren Ausdruck in den verschiedenen Basis-Gewerkschaften, die wir aufbauen. Wir arbeiten aber auch in der CGT und den CTA.

Dies sind die drei Pfeiler unserer Gewerkschaftsstruk-

tur. Wir standen an der Spitze der politischen Auseinandersetzung gegen die rechte Macri-Regierung, in einer Aktionseinheit, die zu landesweiten Streiks und zur allgemeinen Mobilisierung gegen die Strukturpassungen, die Entlassungen, die Gebührenerhöhungen, die Lohnsenkungen, die Zunahme des Elends und der Armut führten.

Aber wir mussten uns auch gegen die Kriminalisierung des Protests wehren. Die Arbeiterklasse ist immer noch gespalten, und es ist die Aufgabe unserer Bewegung, sie zu reorganisieren und alle Kräfte für den Kampf unter dem Dach der Klassenidentität zu vereinen.

Da sind auch noch andere, die einen politischen Wechsel anstreben, wie die sozialen Bewegungen, die die Arbeitslosen in Arbeitergenossenschaften reorganisieren. Die Einheit der Arbeiterklasse setzt die entschlossene Konfrontation mit dem Imperialismus und seinen

Lakaien auf lokaler sowie auf Weltebene voraus.

Ein geändertes Kräfteverhältnis hat Macri bei der Wahl im letzten Oktober geschlagen. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung mit den Kräften und Organisationen des Volkes trug entscheidend zu dieser Niederlage bei.

Aber auch der Kampf für die Frauenrechte hat diese Bewegung bereichert und dazu geführt, dass sich immer mehr Menschen für Frauenfragen sensibilisieren und gegen die zunehmende Tötung von Frauen aktiv werden. Und so haben die Gewerkschaftsbünde in den letzten Jahren die Verurteilung von Morden an Frauen und von Vergewaltigungen in ihren Forderungskatalog aufgenommen.

Die Einheit der Arbeiterklasse ist Grundvoraussetzung, wenn wir unseren Gegner schlagen wollen: Das Empire und den patriarchalischen Kapitalismus.

ÖSTERREICH

REDE DES DELEGIERTEN FRANZ KOSKARTI AUS WIEN

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich stehe heute hier aus Österreich, möchte mich vorerst ganz herzlich bedanken beim internationalen Verbindungskomitee, für die Einladung, hier einerseits in gewisser Weise für die österreichische Gewerkschaft, für die österreichische Arbeiter*innenbewegung, andererseits aber auch für eine große Gruppe österreichischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die leider, wie so viele von euch, mit ansehen müssen wie die offiziellen Organisationen einem Versagen entgegen schlittern, einem Versagen das der Rechten die Gelegenheit gibt, ihre Ideen ihre bestialischen Vorhaben, in die Köpfe der Arbeiterinnen und der Arbeiter zu bringen. Trotzdem möchte ich mich am Anfang gleich bei allen jenen bedanken, die es durch ihren Kampf möglich gemacht haben, dass ich als Mitglied einer Arbeiterbewegung hier stehen kann. Bei all jenen bedanken die den Kampf heute noch führen, also ihr! Und wenn ich die Berichte höre, die das Leiden in euren Ländern beschreiben, das Leiden der Arbeiterin des Arbeiters, das Leiden der Familien im Kampf um eine gerechte Arbeitswelt um ein lebenswertes Leben, um Menschenrechte, so macht mich das demütig, zutiefst demütig, als einer der es kennt so viele Errungenschaften, um die ihr jetzt Kämpfen müsst, schon zu haben. Und es macht mich auch stolz an dieser Stelle ein Teil eurer/unserer Bewegung in dieser Situation sein zu dürfen. Obwohl die Bedingungen bei uns nicht annähernd so schwierig sind wie in vielen eurer Länder, führen wir doch alle den gleichen Kampf, den Kampf gegen die Ausbeutung, den gleichen Kampf gegen den Kapitalismus, gegen Revisionismus und gegen die Reaktion die in zunehmenden Ausmaß über die Arbeiterbewegung hereinbricht.

Wir haben in Österreich, voriges Jahr 2018 und 2019, viele Jubiläen gefeiert, einerseits 100 Jahre erste Republik, 100 Jahre Rotes Wien, fast ähnlich der Pariser Kommune 1871, wo die Arbeiterbewegung die Kontrolle übernommen hat und viele Gesetze auf den Weg gebracht hat die heute noch Basis im österreichischen Sozialstaat Österreich sind, wir uns aber zunehmend mit dem Abbau derer konfrontiert sehen. Seit Jahrzehnten findet einerseits ein zurückdrängen der Gewerkschaftsbewegung statt aber auch des politischen Armes, der klassischen Arbeiterpartei; Auch der Sozialdemokratie in Österreich, der SPÖ, die mittlerweile bei 20% angelangt ist, 20% der Zustimmung bei den Wahlen. Die sozialistischen Regierungen waren in der Vergangenheit zunehmend mit der organisierten Arbeiterbewegung, den großen Gewerkschaften, beteiligt den Abbau von Rechten, nicht unbedingt zuzulassen, so aber doch das eine oder andere Mal dabei wegzusehen; Aufgrund vieler Unsicherheiten und Ängste.

Seit wenigen Jahren haben wir, seit 2017 genau, haben wir eine konservative, rechts radikale Regierung. Der konservative Bundeskanzler, Sebastian Kurz, manch von euch mögen ihn kennen, 32 Jahre alt, hat sofort nach seinem Antreten restriktive Flüchtlingspolitik gemacht, auch die europäischen Länder von seinem Weg überzeugt; Man muss die Flüchtlinge wenn sie übers Mittelmeer kommen gleich wieder zurückschicken, ob sie ertrinken oder nicht, spielt dabei nur marginal eine Rolle, Hauptsache sie betreten nicht europäischen Boden. Die Grenzen „zusperren“; und sogar einmal ist es vorgekommen, dass an einer österreichischen Grenze, am Brenner zu Italien, die Republik wegen der Flüchtlinge Panzer dorthin geschickt hat; zwei zwar nur, aber dieses Bild, dass dabei erzeugt wird ist doch zutiefst Menschenverachtend gewesen. Der Zweite, der Vizekanzler der Regierung, ist der Heinz Christian Strache, einer der großen rechten Führer, in Europa, der sich gern mit den anderen trifft, von Le Pen angefangen bis zu den AFD-Leuten in Deutschland, die er auch österreichische Parlament eingeladen hat, und er darf auch als rechts-radikal vom Gericht aus bezeichnet werden. Das ist jene Regierung, die auch massiv Sozialabbau betrieben hat. Wir haben in der österreichischen Sozialversicherung, in der Krankenversicherung bis dato Selbstverwaltung gehabt. Das heißt wir hatten tatsächlich eine Mehrheit auf Seiten der Arbeitnehmer*innen, das heißt 4/5 Vertreter der Arbeitnehmer in den Krankenkassen und nur 1/5 Vertreter der Arbeitgeber. Daher konnten wir tatsächlich die Krankenversicherung für die Bedürfnisse der Arbeitnehmer*innen gestalten. Seit heuer im Juni ist dies nicht mehr so! Die Regierung hat eine Parität auf den Weg gebracht; das heißt wir haben Hälfte/Hälfte und im Falle eines Gleichstands bei Abstimmungen entscheidet nicht mehr die Selbstverwaltung, sondern das Bundesministerium. Die Regierung übernimmt die Entscheidung in der Sozialversicherung der Arbeitnehmer*innen. Das ist eine klassische Entmachtung, eine Enteignung gegen die wir uns versuchten zu wehren; leider ist es schlecht gelungen, weil viele andere Maßnahmen dieser Regierung in Bezug auf Sozialabbau und Abbau der Arbeitsrechte auf den Weg gebracht wurden. Es war ein eher hilfloser Widerstand. Folge des, ich nenne es ein bisschen Hochmut, Hochmut der etablierten sozialdemokratischen Partei der SPÖ, ein bisschen Hochmut seitens der klassischen, der großen Gewerkschaftsbewegung, des großen Gewerkschaftsbundes, vielleicht ein unbeabsichtigter Hochmut. Was meine ich damit; wir hatten eine Sozialpartnerschaft, wir haben alles am grünen Tisch erledigt, wir haben für die Arbeitnehmer*innen die Entscheidung getroffen und so ist es zu einer Entpolitisierung der Menschen gekommen deren

Rechnung wir jetzt präsentiert bekommen. Dort hin stößt das Kapital und die Rechte mit ihren negativen Zukunftsvisionen. Der ÖGB hat einmal eine große Demonstration mit 100.000 Menschen in Wien zusammengebracht. Alle anderen Aktionen sind von Gruppierungen wie den Gewerkschafter*innen gegen Rassismus und Sozialabbau und Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen gegen Notstandspolitik, getragen worden und von der Zivilgesellschaft. Es waren sechs Großdemonstrationen mit 30.000 Menschen, viele Kleine und es gab zwei Jahre lang jeden Donnerstag eine Demonstration in Wien. Ebenso ist die Unterstützung für Lula und Louisa von den Letztgenannten getragen worden.

Die imperialistische und kapitalistische Welt hat sich nicht verändert, seit über 2000 Jahren, egal wie die Gesellschaft aufgestellt war, war es so, dass die arbeitenden Menschen, die Massen der Menschen, die die Werte in der Gesellschaft geschaffen haben, und nicht nur sich selbst sondern auch jene erhalten haben die nicht gearbeitet haben. Und immer ist es darum gegangen, dass diese Menschen ums Überleben

gekämpft haben, weil man ihnen nichts zugestanden hat und alle Rechte vorenthalten hat. Es waren niemals Geschenke der Besitzenden und niemals Geschenke der Bourgeoisie die die ArbeiterInnen bekommen haben, sondern immer und zu jeder Zeit in der Geschichte war es die Kraft des gemeinsamen Kampfes der ArbeiterInnen das sie sich Rechte, Arbeitsrechte, Sozialrechte erstreiten konnten. Daher ist ein gemeinsamer Kampf, der internationale Kampf eines der wichtigsten Dinge und das einzige, was uns zum Erfolg führen kann. Wir sind gegen Kriege, gegen den imperialistischen Krieg der Besitzende noch Besitzender macht und mit noch mehr Kapital ausstattet. Aber gegen einen Krieg dürfen wir nicht sein, gegen den Krieg um die Rechte der Menschen, gegen den Krieg um die Rechte der ArbeitnehmerInnen, gegen den Krieg um ein selbstbestimmtes gutes Leben.

In dem Sinne darf ich schließen, ich kann zwar nicht Französisch, aber ich werde es versuchen:

LA LIBÉRATION DE LA CLASSE OUVRIÈRE!

PROLÉTAIRES DE TOUS PAYS UNISSEZ-VOUS!

!!Venceremos!!

PALÄSTINA: SALAH-SALAH

Louisa Hanoune hat in allen ihren Beiträgen zur IAV von dem gesprochen, was wir auch sagen wollen. Sie bringt die Sorgen der Unterdrückten zum Ausdruck, sie ruft zur Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung auf und zur Notwendigkeit die Kämpfe gegen das imperialistische Weltregime und seine reaktionären Verbündeten zu vereinen

Sie verurteilt das zionistische Vorhaben auf das Schärfste, das Territorium Palästinas zu usurpieren, und die Verdrängung des palästinensischen Volkes. Sie betont das Recht der Palästinenser auf die Rückkehr in ihr Land und auf Selbstbestimmung über ihr Territorium.

Wenn Louisa heute bei uns wäre, würde sie uns, glaube ich, in Erinnerung rufen, dass der 29. November ein Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk ist, der Tag, an dem die UNO die Weltöffentlichkeit über das Verbrechen getäuscht hat, das sie als Weltorganisation am palästinensischen Volk begangen hat.

Denn diese Organisation hat die Entscheidung getroffen, Palästina in zwei Staaten zu teilen. Es ist nur natürlich, dass die Palästinenser diese Entscheidung abgelehnt haben. Sie führte zum Krieg von 1948, in den der Imperialismus, insbesondere Amerika und Großbritannien, sein ganzes Gewicht warf.

Das führte zu dem, was wir das Jahr der Nabka nennen. Etwa eine Million Flüchtlinge wurden in die arabischen Länder und in alle Welt vertrieben, heute sind es ungefähr acht Millionen.

Bei den Flüchtlingen hat die palästinensische Revolution Mitte der 60er Jahre angefangen; sie hat zum Ziel, Palästina zu befreien und ihnen die Rückkehr in ihr Land und zu ihren Besitztümern zu ermöglichen.

Die imperialistischen Mächte und die mit ihnen verbündeten reaktionären Regime haben ihre eigenen Täuschungsmethoden, mit denen es ihnen gelungen ist, die bürgerlichen Palästinenserführer dazu zu bewegen, mit dem israelischen Feind den Vertrag von Oslo zu schließen.

Es ist hier nicht genug Zeit, um auf Einzelheiten des Vertrags von Oslo einzugehen, aber es ist offensichtlich, dass das die tückische Falle war. Mit der Unterzeichnung durch die palästinensischen Führer sollte die palästinensische Revolution beendet und dem bemerkenswerten Massenaufstand gegen die israelische Besatzung im Westjordanland und im Gazastreifen

ein Ende gesetzt werden

Diese dauert seit Jahren und konnte durch die Besatzung nicht ausgelöscht werden, trotz aller Unterdrückungsmethoden, trotz Terror, der gegen die Jugend und die Kinder ausgeübt wurde.

Darüber hinaus hat der israelische Feind sich nie bemüht, irgendeine Klausel des Vertrags von Oslo umzusetzen.

Die Initiative „Deal of the Century“ von Präsident Trump hat zwei Ziele. Erstens weiteres Land zu beschlagnahmen und darauf Siedlungen zu bauen.

Die Besetzung des Gazastreifens wird nicht aufgehoben. Die Verhaftungen und der Druck der Sicherheitsauflagen werden nicht beendet.

Palästinenser mit israelischem Pass sind weiterhin Bürger zweiter Klasse, die in nach dem von der Knesset verabschiedeten Gesetz zum „jüdischen Nationalstaat“ von der Vertreibung bedroht sind. Danach schließen die Grenzen des Staates Israel die palästinensischen Territorien ein, und es gilt nur das jüdische Selbstbestimmungsrecht.

Das zweite Ziel von Trumps Initiative ist es, die günstigsten Bedingungen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und möglichst vielen arabischen Staaten zu schaffen, durch Sicherheitsverträge, Militärmanöver, wirtschaftliche Projekte und Tourismus.

Wir wissen, dass der Kampf mit der rassistischen zionistischen Gesellschaft lang ist.

In den Gebieten von 1948 weigern sich die Palästinenser in dieser Gesellschaft aufzugehen und bewahren ihre palästinensische Identität.

Im Exil und in der Diaspora bestehen sie auf ihrem Rückkehrrecht und widersetzen sich allen Plänen, sich in dem Land ihres Wohnsitzes naturalisieren zu lassen.

Wir sind zuversichtlich, dass künftige Generationen es schaffen werden, einen demokratischen, laizistischen Staat auf dem Gebiet des historischen Palästina zu errichten, in dem es keine Diskrimination unter den Bürgern aus Gründen von Rasse, Religion oder Farbe gibt.

Grüße an die Völker, die für ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und ihre Souveränität kämpfen. Grüße an die Arbeiterklasse

Grüße an Euch alle

GRIECHENLAND

BEITRAG VON ANTONI DALAKOGIORGOS, VORSITZENDER DER PENEN (PANHELLENISCHE GEWERKSCHAFT DER SEELEUTE)

Ich grüße das heutige internationale Treffen. Es ist ein neuer positiver Schritt in Richtung der Ausarbeitung eines gemeinsamen Handelns von Organisationen, Gewerkschaften, Bewegungen und Netzwerken aus verschiedenen Ländern, die weitgehend übereinstimmende, gemeinsame Positionen und Werte vertreten.

Was unzweifelhaft die Periode, in der wir leben, unterscheidet, das sind die Aufstände in einer ganzen Reihe von Ländern weltweit, wie in Chile, im Libanon, Irak, Katalonien, Hongkong, Argentinien, Bolivien, Algerien und weiteren Ländern, in denen die Völker massenhaft auf die Straße gehen und in jedem Land die besondere Politik der nationalen Bourgeoisie in Frage stellen.

Die Politik der Privatisierungen, kapitalistischen Strukturanpassungen, der ständigen Sparpolitik und Offensive gegen die Arbeiterrechte intensiviert autoritäre Systeme und die Repression.

Das Kapital und die volksfeindliche Regierungspolitik haben früher und heute einen wertvollen Verbündeten in einer institutionellen bürokratischen Gewerkschaftsbewegung. Deshalb ist es notwendig, diejenigen Kräfte zu suchen und zu finden, die einen Kurs des Klassenkampfes vertreten – in jedem einzelnen Land, aber auch auf europäischer Ebene.

In unserem Land behauptet die neue rechte Regierung nach dem formalen Ende des Memorandums, gestützt auf die pseudolinke Politik von Syriza, Tag und Nacht und mit großer Unterstützung der Medien, dass wir auf ein neues Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zusteuern, das neue Investitionen garantieren werde, sinkende Arbeitslosigkeit, neue Arbeitsplätze und bessere Einkommen für das Volk – anders gesagt, sie will ihre Politik als vorteilhaft für das Volk verkaufen!

Nach den Wahlen im Juli 2019 weist die neue politische Situation in unserem Land darauf hin, dass ein großer Teil der Rechtsextremen erneut in die Partei

„Neue Demokratie“ integriert wurde; die unterwürfige Syriza ist sozialdemokratisch geworden und hat sich in das bürgerliche politische System eingefügt. Sie hat 4 ½ Jahre regiert, die Memoranden unterschrieben und der Politik des Kapitals treu gedient. Ein bezeichnendes Element der Regierungspolitik zugunsten des Kapitals ist der im Parlament eingebrachte Haushalt für 2020. Er enthält große Steuererleichterungen für die Unternehmen in Höhe von 616 Millionen Euro, infolge der sinkenden Sozialbeiträgen der Unternehmer, und gleichzeitig wird ein Füllhorn von Geschenken über die Konzerne ausgeschüttet, denn es werden ihnen sechs Milliarden zusätzliches Kapital vom Staat und der EU garantiert...

Im Gegenzug sollen die Arbeitnehmer und Volksschichten 760 zusätzliche Millionen an direkten und indirekten Steuern zahlen, während die Gelder für die Normal- und Zusatzrenten um 192 Millionen gekürzt werden.



So sieht die soziale, wirtschaftliche und politische Realität in Griechenland Ende 2019 aus.

Die Einheit, das gemeinsame Handeln aller Kräfte, ist unbedingt notwendig, und es müssen entscheidende, mutige Schritte unternommen werden, um beim Wiederaufbaus der Basisbewegung Fortschritte zu machen und die gezähmten Gewerkschaftsführungen zu überwinden, so dass sich der Arbeiterwiderstand organisiert, um die volksfeindliche Politik des Kapitals und der bürgerlichen Regierungen zu besiegen.

Hoch lebe die Einheit und internationale Solidarität der Arbeiter in der ganzen Welt!

GRIECHENLAND

KOMMUNIQUE DER PANHELLENISTISCHEN GEWERKSCHAFT DER SEELEUTE (PENEN) DIE PENEN IST SOLIDARISCH MIT DEN FRANZÖSISCHEN ARBEITERN

Der Verwaltungsrat der Panhellenistischen Gewerkschaft der griechischen Seeleute (Penen) begrüßt die Entscheidung der Arbeiter für einen 24-stündigen nationalen Streik am 5. Dezember 2019.

In ganz Europa, von Nord nach Süd und von Ost nach West, liquidiert das Bürgertum mit seiner wirtschaftlichen und politischen Macht die sozialen und Arbeiterrechte auf Sozialversicherung, auf Rente, das Recht auf Arbeit, die Flächentarifverträge, die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten.

Das versprochene Wachstum dient nur der Unterstützung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Großkapitals, es greift die sozialen und Arbeitererrungenschaften an und zerstört den Sozialstaat mit seinem Gesundheits- und Bildungssystem und seiner Sozialhilfe.

Das ist eine Offensive gegen alles, was die Arbeiter und die Gewerkschaftsbewegung in langen und harten Kämpfen erreicht haben.

Frankreich wurde in der letzten Zeit auf europäischer Ebene zu einem bemerkenswerten Beispiel des Widerstands und des Kampfes gegen die gegen das Volk und die Arbeiter gerichtete Politik, die von der europäischen Union vorgegeben und von Macron umgesetzt wird.

Insbesondere der Angriff auf das Recht auf Rente in Frankreich, in Italien, in Griechenland und anderen europäischen Ländern führt zu Kürzungen und drastischen Einschnitten bei den Altersbezügen und schafft das Umlagesystem zugunsten einer Kapitalgedeckten Rente ab. Es geht und es ging immer darum, in einer späteren Phase die ganze Sozialversicherung dem Monopol der privaten Versicherungsunternehmen auszuliefern.

Die Ausweitung der Offensive der bürgerlich-reaktionären Front gegen die Rechte der Arbeiter und Völker macht es mehr denn je erforderlich, dass die Arbeiterklasse und ihre Massenorganisationen den Kampf auf der Straße aufnehmen, mit Demonstrationen und massiven Streiks, um die reaktionären Pläne abzuwehren.

Wir begrüßen die Entscheidung der französischen Arbeiter, wir erklären unsere Unterstützung für ihre Ziele, für die Losungen des Streiks am 5. Dezember und wir wünschen Euch eine möglichst massive Beteiligung, damit der Kampf gegen die Politik der Zerstörung der Arbeitererrungenschaften und der Renten auch nach diesem 5. Dezember 2019 seine Fortsetzung findet.

Es lebe die Arbeitersolidarität!

Die Führung der Penen

WEIßRUSSLAND

BEITRAG VON KATERINA, VON DER METALLERGEWERKSCHAFT WEIßRUSSLANDS

Die Arbeitsverhältnisse in der Republik Weißrussland basieren auf dem System befristeter Verträge, das praktisch das System unbefristeter Arbeitsverträge abgelöst hat. Das System der Einstellung mit befristeten Verträgen war das logische Ergebnis nach der Einführung eines autoritären, bürgerlich-bürokratischen Kapitalismus in Weißrussland. Seine Einführung sollte die Arbeiter vollständig vom Arbeitgeber abhängig machen und das Entstehen einer Protestbewegung der Lohnabhängigen verhindern.

Das Systems befristeter Verträge gibt dem Arbeitgeber die Möglichkeit, diese nach der vereinbarten Zeit für den Beschäftigten ohne Begründung nicht zu verlängern. In dieser Zeit hat der Beschäftigte nicht das Recht, ohne Zustimmung des Arbeitgebers vor dem Ende des Arbeitsvertrags zu kündigen. In der Praxis steigert ein solches System die Ausbeutung und hilft dem Arbeitgeber, die bewussten Arbeiter loszuwerden, wenn sie das Recht auf anständige Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen fordern.

Außerdem gibt es in Weißrussland keine Notifizierung, sondern ein Zulassungssystem für Gewerkschaftsgründungen, was in Wahrheit ein Monopol von behördlich kontrollierten Gewerkschaften bedeutet, die nicht dazu dienen, die Arbeiterrechte zu schützen, sondern die Arbeiterbewegung einzudämmen und den Arbeitgeber zu schützen. So wurden die unabhängigen Gewerkschaften völlig aus den Unternehmen vertrieben, und anstelle eines drittelparitätischen Systems wurde ein bilaterales System geschaffen, in dem das Arbeitnehmerschicksal vom Arbeitgeber und dem Staat bestimmt wird.

Außerdem werden im Verlauf der Rentenversicherung oder wie es gewöhnlich heißt, der Arbeitsjahre, die Studienzeit, Mutterschaft, Wehrdienst und Krankheitszeiten eines Arbeitslosen nicht berücksichtigt. Was bedeutet, dass diese Zeiten nicht bei der Rentenhöhe



angerechnet werden, was die Bürger in eine „Rentenfalle stößt“, weil ein Bürger, der lebenslang gearbeitet hat, ausgebildet wurde oder eine behinderte Person gepflegt hat, nicht mehr mit einer Rente rechnen kann oder eine magere „Mindestrente“ erhält, die heute umgerechnet ca. 55 US-Dollar beträgt.

Man muss übrigens das „Dekret über das Parasitentum“ erwähnen, das arbeitslose Bürger zwang, eine Steuer an den Staat zu zahlen wegen der bloßen Tatsache, dass er keine Arbeit hatte. Eine solche wirtschaftliche Maßnahme zwang die Menschen zu schlechter bezahlter Schwarzarbeit unter wenig attraktiven Arbeitsbedingungen. Nach sozialen Massendemonstrationen im Jahr 2017 wurde das Dekret eingefroren und geändert. Jetzt müssen die Arbeitslosen einen Zusatzbeitrag für den öffentlichen Dienst zahlen.

Alle diese Probleme im Zusammenhang mit den Arbeitnehmerrechten existieren unter dem Deckmantel einer „sozialen Regierung“

UKRAINE

BEITRAG VON KATERINA



Zurzeit versucht unsere Regierung im Gegensatz zur vorherigen Regierung so schnell wie möglich ein ganzes Reformpaket durchzusetzen, und diese Reformen sind eine große Herausforderung für unser Volk.

Das Hauptproblem der ukrainischen Gesellschaft bildet die Frage des Verkaufs von Grund und Boden. Die ukrainischen Bauern lehnen diese Reform völlig ab. Für sie würde der Verkauf des Bodens bedeuten, das von ihnen gepachtete Land zu verlieren. Die Bauern fürchten auch die ausländische Konkurrenz, weil die Öffnung der Märkte Investoren anlocken würde. Die ukrainischen Bauern marschieren sogar an der Spitze der nationalistischen Kundgebungen.

Die Freigabe des Bodens für den Markt bedeutet in einer ersten Phase die Erlaubnis für den Landkauf und Kauf der Bodenschätze für die Handlungseliten, die sie anschließend an ausländische Firmen weiterverkaufen würden. Schon mehrfach hat der Internationale Währungsfonds die Öffnung des ukrainischen

Marktes gefordert. Die Ukraine hat viele Kredite aufgenommen, die sie dank des Landverkaufs zurückzahlen könnte.

Obwohl die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, wurden erste Gesetzentwürfe bereits in erster Lesung im Abgeordnetenhaus verabschiedet.

Was die Rechte der ukrainischen Arbeiter betrifft, so hat die jetzige Regierung sofort nach ihrem Amtsantritt angekündigt, dass sie das Arbeitsgesetzbuch abschaffen will. Stattdessen will sie ein neues, das es unmöglich macht, Druck auf die Arbeitgeber ausüben zu können und das das Verfahren für Entlassung vereinfacht. Zum Schluss möchte ich euch eine Erklärung vorlesen:

ERKLÄRUNG DER BÜRGERBEWEGUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN DER UKRAINE GEGEN DIE ANGRIFFE AUF DIE ARBEITNEHMERRECHTE UND GEGEN DIE SPARPOLITIK

Wir, die Vertreter der Bürgerbewegungen und Gewerkschaften der Ukraine, die sich der Gefahren für das Recht auf Arbeit durch die Anpassung an die Weltordnung und deren sog. „Sparpolitik“ bewusst sind, protestieren mit aller Macht gegen die Absichten der Regierung, die Rechte des ukrainischen Volkes zu beschneiden.

Unserer Ansicht nach wurde das Recht auf Arbeit über Generationen hinweg durch den Kampf der Arbeiter und Gewerkschaften erobert. Wir beobachten die Wende in der Situation Europas, die Gelbwesten in Frankreich, die sich gegen die neoliberalen Reformen des Präsidenten Emmanuel Macron erhoben haben.

Wir sind davon überzeugt, dass man ohne einen angemessenen Schutz der Arbeiter nicht von Entwicklung und Stabilität in diesem Land sprechen kann.

Wir wenden uns deshalb gegen alle Deregulierungen des Neoliberalismus, welche die Arbeitnehmerrechte beschneiden sollen.

Wir sind davon überzeugt, dass der Schutz der Arbeiter den sozialen Frieden und die Entwicklung garan-

tiert.

Gruppe Avangard (Avantgarde)

Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine

Verband der unabhängigen Gewerkschaften der Beschäftigten in der Luftfahrt

Erste Gewerkschaft „Freiheit der Arbeit“ in der Aktiengesellschaft Mondelis-Ukraine

Regionaler Gewerkschaftsbund der Beschäftigten im Agro-industriellen Komplex der Ukraine in der Region Tschernihiw

MEXIKO

DAS WORT HABEN:

FRANCISCO JAVIER ABILA SPARSA, GENERALSEKRETÄR DER GEWERKSCHAFTSVEREINIGUNG DER LEHRKRÄFTE DER SEKUNDARSTUFE UND HÖHERER SCHULEN IM STAAT JALISCO;

DANIEL HERNANDEZ DEL ANGEL, REPRÄSENTANT DER VOLKSBEWEGUNG DER UNIVERSITÄTSBESCHÄFTIGTEN IM STAAT VERACRUZ;

LUIS VAZQUEZ, VON DER ZEITSCHRIFT *EL TRABAJO*, AUF INITIATIVE DER DIALOG-KOMITEES

Ich grüße das heutige internationale Treffen. Es ist ein neuer positiver Schritt in Richtung der Ausarbeitung eines gemeinsamen Handelns von Organisationen, Gewerkschaften, Bewegungen und Netzwerken aus verschiedenen Ländern, die weitgehend übereinstimmende, gemeinsame Positionen und Werte vertreten.

Was unzweifelhaft die Periode, in der wir leben, unterscheidet, das sind die Aufstände in einer ganzen Reihe von Ländern weltweit, wie in Chile, im Libanon, Irak, Katalonien, Hongkong, Argentinien, Bolivien, Algerien und weiteren Ländern, in denen die Völker massenhaft auf die Straße gehen und in jedem Land die besondere Politik der nationalen Bourgeoisie in Frage stellen.

Die Politik der Privatisierungen, kapitalistischen Strukturanpassungen, der ständigen Sparpolitik und Offensive gegen die Arbeiterrechte intensiviert autoritäre Systeme und die Repression.

Das Kapital und die volksfeindliche Regierungspolitik haben früher und heute einen wertvollen Verbündeten in einer institutionellen bürokratischen Gewerkschaftsbewegung. Deshalb ist es notwendig, diejenigen Kräfte zu suchen und zu finden, die einen Kurs des Klassenkampfes vertreten – in jedem einzelnen Land, aber auch auf europäischer Ebene.

In unserem Land behauptet die neue rechte Regierung nach dem formalen Ende des Memorandums, gestützt auf die pseudolinke Politik von Syriza, Tag und Nacht und mit großer Unterstützung der Medien, dass wir auf ein neues Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zusteuern, das neue Investitionen garantieren werde, sinkende Arbeitslosigkeit, neue Arbeitsplätze und bessere Einkommen für das Volk – anders gesagt, sie will ihre Politik als vorteilhaft für das Volk verkaufen!

Nach den Wahlen im Juli 2019 weist die neue politische Situation in unserem Land darauf hin, dass ein großer Teil der Rechtsextremen erneut in die Partei „Neue Demokratie“ integriert wurde; die unterwürfige Syriza ist sozialdemokratisch geworden und hat sich in das bürgerliche politische System eingefügt. Sie hat 4 ½ Jahre regiert, die Memoranden unterschrieben und der Politik des Kapi-

tals treu gedient. Ein bezeichnendes Element der Regierungspolitik zugunsten des Kapitals ist der im Parlament eingebrachte Haushalt für 2020. Er enthält große Steuererleichterungen für die Unternehmen in Höhe von 616 Millionen Euro, infolge der sinkenden Sozialbeiträgen der Unternehmer, und gleichzeitig wird ein Füllhorn von Geschenken über die Konzerne ausgeschüttet, denn es werden ihnen sechs Milliarden zusätzliches Kapital vom Staat und der EU garantiert...

Im Gegenzug sollen die Arbeitnehmer und Volksschichten 760 zusätzliche Millionen an direkten und indirekten Steuern zahlen, während die Gelder für die Normal- und Zusatzrenten um 192 Millionen gekürzt werden.

So sieht die soziale, wirtschaftliche und politische Realität in Griechenland Ende 2019 aus.

Die Einheit, das gemeinsame Handeln aller Kräfte, ist unbedingt notwendig, und es müssen entscheidende, mutige Schritte unternommen werden, um beim Wiederaufbaus der Basisbewegung Fortschritte zu machen und die gezähmten Gewerkschaftsführungen zu überwinden, so dass sich der Arbeiterwiderstand organisiert, um die volksfeindliche Politik des Kapitals und der bürgerlichen Regierungen zu besiegen.

Hoch lebe die Einheit und internationale Solidarität der Arbeiter in der ganzen Welt!



Delegierte der Staaten Amerikas

INTERNATIONALES MEETING

30. November, der Saal, in dem das Meeting stattfindet, ist voll. Das ist wichtiger Erfolg: 15000 Teilnehmer, 10 internationale Redner, die jeweils engagiert im Klassenkampf ihrer Länder eingreifen. Einige von ihnen erleben gerade eine revolutionäre Explosion, wie in Algerien, Libanon, Chile... Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir Auszüge aus mehreren Reden. Anwesend waren auch die Delegierten aus 55 Ländern von vier Kontinenten, die vorher drei Tage an der Arbeit des Internationalen Verbindungskomitees teilgenommen haben. (s.S. 9).

Das Meeting und das IVK-Treffen wurden durch eine mehrere Monate dauernde internationale Finanzkampagne unterstützt und ermöglicht. Sie wird auch helfen, die Beschlüsse des IVK-Treffens umzusetzen und z.B. im kommenden Jahr einen Internationalen Tag gegen Krieg und Ausbeutung zu organisieren.

Gesprochen haben auf dem Meeting aus:

Brasilien: Luiz Eduardo Greenhalgh, Anwalt von Lula, Gründungsmitglied der PT Brasiliens und im Vorstand der PT

Frankreich : Melinda Sauger, Gewerkschafterin, Mitglied der ständigen Delegation des nationalen Komitees für den Widerstand und die Rückeroberung

Deutschland: Cornelia Matzke, Leipzig, Teilnehmerin an den Demonstrationen 1989;

Algerien: Youssef Tazibt, Vorstandsmitglied der PT

Libanon: Khadije El Husaini, Aktivistin in der Bewegung für die Demokratischen Rechte im Libanon

Chile: Javier Marquez, Bewegung gegen den privaten Pensionsfonds

Palästina: Awad Abdelfatah, ehem. Sekretär der Balad-Partei und Koordinator der Kampagne für einen einheitlichen demokratischen Staat Palästina

Guadeloupe: Élie Domo-ta, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Guadeloupe (UGTG);

Indien: Abhishek Singh, Verkehrsgewerkschaft AICCTU in New Delhi;

Mali: Moustapha Guitteye, Mitglied des Bundesvorstandes des nationalen Gewerkschaftsbundes von Mali (UNTM)

ALGERIEN: YOUSSEF TAZIBT, MITGLIED DER PT-FÜHRUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Louisa Hanoune grüßt euch aus dem Gefängnis, in dem sie nun fast 7 Monate ist. Sie wünscht dieser internationalen Versammlung einen vollen Erfolg. Normalerweise müsste sie die Arbeit des IVK von der Tribüne dieser Versammlung aus leiten. Doch wie ihr wisst, wurde sie willkürlich zu 15 Jahren Gefängnis ohne Bewährung von einem Militärgericht verurteilt, in einem politischen Schnellprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Damit wurde das einzige Ziel verfolgt, sie zum Schweigen zu bringen und so der Arbeiterpartei PT ihre Generalsekretärin und der sich seit über 9 Monaten in unserem Lande entwickelnden Revolution eine revolutionäre Kämpferin zu rauben, die 40 Jahre ihres politischen Lebens dem Kampf gegen das Regime, für die nationale Souveränität gewidmet hat. Sie hat für die Demokratie und die Frauenrechte gekämpft, weshalb sie bereits 1983 schon 6 Monate ins Gefängnis geworfen wurde; sie hat für die Anerkennung des Tamazight gekämpft (1), für den Schutz der in der Unabhängigkeit erkämpften Errungenschaften, für die Arbeitnehmerrechte (...).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie ihr wisst, erlebt Algerien eine historische Zeit, eine echte Revolution (...). Seit über 9 Monaten demonstrieren Abermillionen Algerier, die Arbeiter mit ihren Familien, friedlich auf den Straßen (...).

Die Lage in Algerien ist keine Ausnahme, sondern Ausdruck der Weltsituation. Überall können die Völker nicht mehr, sie wollen leben und sinnvoll arbeiten. Ob in Chile, Irak, im Nahen Osten, in Katalonien, in Frankreich mit den Gelbwesten - überall haben sie jeweils in ihrer eigenen Sprache die Losung aufgegriffen: „Weg mit euch allen, wirklich allen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben vor zwei Tagen erfahren, dass das Europaparlament eine Resolution zur Situation in Algerien verabschiedet hat. Die spanische Regierung hat erklärt, dass die Lösung für Algerien in den Präsidentschaftswahlen bestehe - die aber gerade von Millionen Algerier*innen selbst abgelehnt werden, weil sie das für die Fortsetzung des Re-



gimes halten.

Nun denn, von dieser Tribüne aus rufen wir dem Europaparlament zu: Warum mischst Du dich ein? Der spanischen Regierung entgegenen wir das Gleiche. Denn anscheinend leidet das Europaparlament unter Kurzsichtigkeit, es sieht nur die Dinge die weit weg sind.: Es sollte besser darauf sehen, was in Frankreich mit der brutalen Repression gegen die Gelbwesten abläuft. Gleiches gilt für die spanische Regierung, die auf die legitimen Forderungen des katalanischen Volkes mit heftiger Repression antwortet: sie sollte aufhören, das katalanische Volk zu unterdrücken, bevor sie über eine Lösung für das algerische Volk nachdenkt (...).

Am Schluss meiner Rede erlaubt mir, liebe französische Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, eine freundschaftliche Einmischung in die französischen Angelegenheiten. Anscheinend steht euer Land vor einem Ereignis, das nicht nur für Frankreich entscheidend sein kann, sondern auch für ganz Europa usw. Also, ich wünsche dem für den 5. Dezember angekündigten vereinten Generalstreik den vollen Erfolg (...)! Wir propagieren in Algerien und erhalten immer mehr Zustimmung zu dieser Losung: „Für eine souveräne Verfassungsgebende Nationalversammlung, die aus dem Willen der Millionen Algerier*innen hervorgehen muss.“

Deshalb sage ich hier: „Es lebe die internationale Solidarität zwischen den Völkern! Es lebe die Internationale Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker! Freiheit für Louisa Hanoune und Lakhdar Bouregaâ, für alle wegen ihrer Meinung Gefangenen; Stopp der Verfolgungen gegen Lula und voller Erfolg für diese Versammlung!“

(1) Dieser Kampf endete 2016 mit der Anerkennung der Berbersprache als offizieller Sprache.

CHILE: JAVIER MARQUEZ, BEWEGUNG GEGEN DIE PRIVATEN PENSIONS-FONDS

Guten Tag, ich heiße Javier Marquez. Ich bin Vorsitzender der Gewerkschaft der Banken und Kassen, Mitglied der nationalen Koordination gegen die Pensionsfonds und Mitglied von „Soziale Einheit“.

Ich bin hier, weil vor einigen Wochen unsere Schüler beschlossen haben zu kämpfen und die Drehkreuze der Metro zu berspringen. Sie haben gesagt, das ist kein Diebstahl, sondern eine Kampfform.

Daraufhin kam es am 18. Oktober zur sozialen Explosion. Und dieser soziale Aufstand liegt nicht, wie die Medien verbreiteten, an einer Verteuerung um 30 Pesos. Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre anti-soziale Politik, sowohl von den Linken wie den Rechten. Deshalb ist Chile aufgewacht, und heute stehen wir in vorderster Front gegen die Angriffe der Repression und für gegenseitige Hilfe. ber 100 Jugendliche wurden an den Augen verletzt, haben ein Auge verloren oder sind ganz erblindet. Es gibt viele Gewalttaten, die nicht angezeigt wurden, und wir bereiten Anklagen vor, damit diese Verbrechen nicht unbestraft bleiben. Die chilenischen Frauen engagieren sich ebenfalls an unserer Seite wie überall in der Welt, sie reagieren und ergreifen Initiativen für die Aufdeckung dieser Tatsachen. Es sind die Jugendlichen, die an der Spitze dieses Kampfes stehen, und wir unterstützen sie in diesem Kampf mit allen Organisationen.

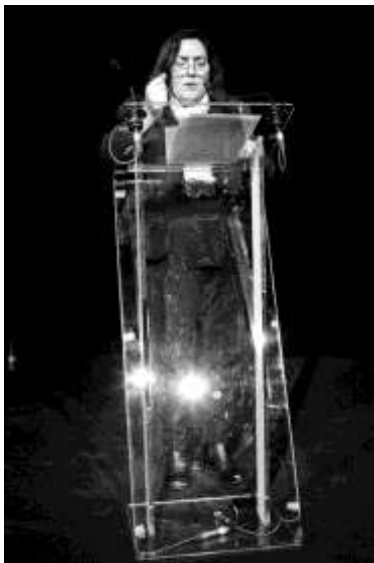
Unsere Hauptforderung ist die Verfassunggebende Versammlung, und zwar eine wirkliche Verfassunggebende

Versammlung und nicht etwas, was zwischen den üblichen Mächtigen ausgehandelt wird.

Die dringendste Forderung des chilenischen Volkes ist das Recht auf eine angemessene Rente für unsere Senioren, denn wenn sie zur Zeit in Rente gehen, müssen sie mit einem Armutseinkommen weiter arbeiten, das nicht zum berleben reicht. Wir haben außerdem große Probleme im Gesundheitswesen: unsere Kranken sterben unversorgt in den Krankenhäusern. Und es gibt außerdem den ewigen Kampf unserer Jugend für eine kostenlose, qualifizierte Bildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Soziale Einheit“ ist eine große Sammelbewegung von sozialen Organisationen, Gewerkschaften, politischen und anderen Verbänden, die sich für unseren Kampf gegen das System organisiert haben. Doch diesen Kampf führt nicht das chilenische Volk allein, es ist der Kampf aller Völker weltweit, weil uns gegenüber der gleiche neoliberale Feind steht.

Deshalb gren wir alle kämpfenden Völker, deshalb fordern wir die Freilassung von Louisa Hanoune und schließen mit den Worten: Chile ist erwacht, alle auf in den Kampf!



LIBANON: KHADUE EL HUSAINI, AKTIVISTIN IN DER BEWEGUNG FÜR DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE IM LIBANON

Wie ihr wisst, erschüttern in ihrer Entschlossenheit beispiellose Mobilisierungen den Libanon und Irak (...). Diese Bewegung der Volksaufstnde geschieht in einer Region, die seit 30 Jahren von imperialistischen Kriegen verwüstet wird. (...) Die Losung der Revolutionäre im Libanon, die im Irak aufgenommen wurde, heißt: „Weg mit euch allen, wenn wir sagen alle, meinen wir auch alle!“ Man hat mir gesagt,

dass sie den Gelbwesten hier in Frankreich sehr gefllt.

Die revolutionäre Mobilisierung des libanesischen Volkes ist ohne Beispiel, weil sie die religiösen Spaltungen zwischen Schiiten, Sunniten, Christen und Drusen usw. ablehnt, insgesamt 18 Gemeinschaften, die jede ihre eigenen Regeln haben. Dieses System wurde vom französischen Kolonialismus eingeführt, um die Libanesen zu spalten. Die Demonstranten sagen: „Wir sind EIN Volk!“. Das System wird völlig abgelehnt, ein Ministerpräsident wurde gestürzt (...).

Die libanesische Wirtschaft ist in Wahrheit ein System der Korruption. Die unabhängige libanesische Arbeiterbewegung, v.a. die Angestelltengewerkschaft (Fenasol), die mit dem offiziellen, korrupten Gewerkschaftsbund gebrochen hat, kämpft in vorderster Linie. In Irak und Libanon wollen die Völker leben. Ihre Entschlossenheit ist so groß, dass gestern in Irak der Ministerpräsident gezwungen wurde, seinen Rücktritt anzukündigen. Die barbarische Repression mit 400 Toten in Irak ändert nichts an der Entschlossenheit des irakischen Volkes,

weil die Jugend und Arbeiter*innen nicht mehr können, sie werden nicht zurückweichen! Die korrupten Regimes, die von der Europäischen Union und besonders Frankreich unterstützt werden, müssen weichen. Die IVK-Konferenz hat uns ermöglicht, die Erfahrungen der Revolutionäre aus der ganzen Welt kennenzulernen, aus Chile, Frankreich, aus ganz Afrika, und wir wissen, dass wir den gleichen Feinden gegenüberstehen und dass wir uns unabhängig organisieren müssen.

Wie ich schon sagte, gibt es eine große Ablehnung der Rolle der Religionsgemeinschaften, und keine Regierung im Rahmen dieses Systems wird akzeptiert werden (...). Das System der Gemeinschaften wurde vom französischen Kolonialismus eingerichtet und wird immer noch vom französischen Imperialismus unterstützt. Es ist sehr wichtig für uns, dieses den hier anwesenden Franzosen sagen zu können, die ebenfalls gegen ihr eigenes System kämpfen (...).

Die Libanesen sagen: „Wir sind EIN Volk!“ Deshalb wird eine Überlegung immer stärker: Wir brauchen eine souveräne Verfassunggebende Versammlung, um alles neu aufzubauen, um die Nation aller Libanesinnen und Libanesen aufzubauen, in der die Religion zur Privatsache wird! In der die Frauen gleichberechtigt mit den Männern sind! In der es keine Korruption und keine Vetterwirtschaft mehr gibt. Die Libanesen wollen wie alle Völker der Welt über ihr Leben selbst bestimmen und es kontrollieren können. Wir wollen Schluss machen mit der ausländischen Einmischung, Schluss mit dem Erbe des französischen Kolonialismus, Schluss mit der religiösen Regierung, der Macht der Banken und der Mafia. Wir wollen Gleichberechtigung, und dafür müssen sie alle gestürzt werden, und wenn wir sagen alle, meinen wir auch alle!

Zum Schluss überbringe ich euch von den libanesischen Gewerkschaften der Fenasol die Solidarität mit dem großen Streik in Frankreich, der für den 5. Dezember vorbereitet wird, gegen die Politik eurer Regierung!

DEUTSCHLAND: CORNELIA MATZKE TEILNEHMERIN AN DEN DEMONSTRATIONEN 1989 IN LEIPZIG

Liebe FreundInnen, liebe KollegInnen,
mein Name ist Cornelia Matzke, ich komme aus Leipzig.
In Leipzig waren am 9. Oktober 89 70.000 unter den Augen der stalinistischen Machthaber auf die Straße gegangen. Danach änderte sich alles.
Die Arbeiter aus den Betrieben, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden zu *einer* Kraft, sie wurden das Volk.
Noch am Vormittag des 9. Oktober wurde überall die Nachricht verbreitet: Es gibt einen Schießbefehl.
Selbst die Kinder sollten ihre Eltern abhalten, in die Stadt zu gehen. Wir hatten Angst.
Zwei Tage zuvor, am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, griffen Polizei und Geheimdienst jede noch so kleine Versammlung an, schlugen, inhaftierten. Sie hatten das auch vorher immer getan, zum Beispiel bei der ersten Demonstration '89 im Januar zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Gorbatschow war zur Feier der Funktionäre da – doch er hat uns enttäuscht. Die engstirnigen Funktionäre sollten in die Schranken gewiesen werden. Nichts geschah.
Trotz der Einschüchterungen am 9. Oktober gingen die Menschen ins Stadtzentrum. Sie gingen im Bewusstsein: wenn viele kommen, ist das ein Schutz.
Und es kamen viele: gegen 70.000 konnten die Soldaten und Kampftruppen nicht eingesetzt werden, denn es waren auch Väter und Söhne derer, die da auf der Straße standen.
Russische Panzer kamen nicht. Sie mussten die Polen, die Tschechen kontrollieren. Überall war Aufruhr.
Noch im Juni '89, während des Massakers auf dem Tiananmen in Peking begrüßte Egon Krenz das Vorgehen der chinesischen Stalinisten. Wir wussten: was er sagt, sagt er uns. Wir hatten Angst! Dann waren es so viele: tausende aus den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen.
Durch das *Volk* wurde eine Wende herbeigeführt.
Die Machtfrage war gestellt. Die Angst hatte das Lager gewechselt! Die folgenden Montagsdemonstrationen mit immer mehr Teilnehmenden zwangen die Regierenden weiter in die Knie.
Die Mobilisierung von Millionen führte zum Sturz der Mauer: wieder war es das *Volk*, was sich nahm, was ihm zustand – das Ende der Teilung. Ab jetzt riefen wir: Wir sind *ein* Volk!
Was bedeutete das: nur freies Reisen - Nein.
Es ging um die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West. Diese Konsequenz der Vereinigung wurde mit allen Mitteln bekämpft. Bundeskanzler Kohl übernahm die Führung. Er nutzte den Osten als Experimentierfeld zum Abbau sozialer Errungenschaften.
Während die Menschen in Ost *und* West von beiden Teilen das *Beste* übernehmen wollten, wurden durch die Regierung Kohl mit dem Einigungsvertrag die Ungleichheiten zementiert.
Als letztes Mittel zur Rettung des alten Systems wurden Runde Tische installiert. Dort saßen die alten Machthaber und kungelten mit ungewählten Bürgern, trafen Entscheidungen.
Wir hatten leider keine Organisationen, die die alten vollständig ersetzt hätten. Und: wir haben sie noch immer nicht.
Die Arbeiter aus den Betrieben waren von den Entscheidungen ausgeschlossen. Das Volkseigentum der Betriebe wurde ihnen kurzerhand über eine Treuhand weggenommen und verscherbelt. Es begann die De-



montage von 80% der industriellen Arbeitsplätze.
Der öffentliche Dienst wurde ebenfalls schrittweise abgebaut. Daseinsvorsorge in den verarmten Kommunen wurde immer weiter eingeschränkt.
Die Diskussion über eine gemeinsame Verfassung für ein vereinigtes Deutschland wurde mit dem Diktat des Einigungsvertrags von oben durch die Regierung Kohl beendet.
Die wirkliche soziale Vereinigung sollte damit unmöglich gemacht werden.
Die soziale Ungleichheit wächst in Deutschland - inzwischen in ganz Deutschland - bis heute.
Deshalb waren die Feierlichkeiten am 30. Jahrestag des Mauerfalls sehr verhalten.
Im Osten wächst die Ablehnung des politischen Systems, der etablierten Parteien und des Profitstrebens der Marktwirtschaft.
Heute hat sich die Ablehnung längst auf die ganze Welt ausgedehnt. Überall gibt es mutige Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung: denken wir an Chile, Kolumbien, Venezuela, Hongkong, Brasilien, Libanon, Irak, Algerien.
Die Wut der Regierenden ist bedrohlich: Menschen werden wegen ihres Widerstandes inhaftiert, verschleppt und getötet.
Eine der Gründerinnen der Internationalen Arbeiterverbindung, meine Freundin Louisa Hanoune, die Vorsitzende der Arbeiterpartei in Algerien, wurde von den Militärs in Algerien eingekerkert. Ihr Leben ist bedroht.
Es erfüllt mich mit Hoffnung, dass weltweit Kämpferinnen und Kämpfer für ihre Freilassung eintreten.
Louisa – ich möchte dir von dieser Stelle aus zurufen, wir werden nicht locker lassen, bis du frei bist. Wir vergessen dich und die anderen Kämpfer nicht. Denn mächtig sind wir nur, weil jede und jeder ein Stück Mut zur großen Kraft beiträgt.
Und jetzt steht ihr hier in Frankreich an der Schwelle zu einem Generalstreik.
Macron will die zerstörerische EU-Politik gegen Errungenschaften wie die Renten der arbeitenden Bevölkerung in Frankreich durchsetzen.
Überall regt sich Widerstand. „Es ist wie '89“, sagte mir eine Kollegin in Leipzig, „unsere Wut wächst, alles ist explosiv, wir müssen wieder handeln.“
Liebe französische Kolleginnen und Kollegen,
am 5. Dezember beginnt ihr euren Widerstand in einem machtvollen Streik zu bündeln. Es wird ein wichtiges unübersehbares Signal gegen die Regierung Macron. Ihr seid das *Volk* - wir sind das Volk.
Wir brauchen euer mutiges Handeln, Kolleginnen und Kollegen in Frankreich, denn unsere Lebensgrundlagen werden heute weltweit durch die gleiche Politik zerstört.
Stoppt Macron! - Stoppt diese Politik!
Wir sind an eurer Seite,
wir hören eure Signale!

BRASILIEN: LUIZ EDUARDO GREENHALGH ANWALT VON LULA, GRÜNDUNGSMITGLIED DER PT BRASILIENS UND VORSTANDSMITGLIED DER PT

In Brasilien heißt es im Volksmund: „In der Stunde der Gefahr lernt man seine Freunde kennen.“ Unsere Partei, die PT Brasiliens und besonders der Genosse Lula, wurden von dieser enormen Welle der Solidarität unterstützt. Vor zwei Jahren in Algier war ich Delegierter zur Offenen Weltkonferenz, die von Genossin Louisa Hanoune geleitet wurde. Louisa selbst hat einen Antrag für die Solidarität mit Lula eingebracht, der damals noch nicht im Gefängnis saß, jedoch von der Justiz verfolgt wurde. Seit Lula in einem gefälschten Prozess verurteilt und ins Gefängnis geworfen wurde, haben wir von den Kolleg*innen der Internationalen Arbeitnehmerverbindung (IAV) viele Hunderte Solidaritätsbekundungen erhalten, mit der Forderung nach Freilassung von Lula. Diese Akte der Solidarität werden wir nie vergessen. Deshalb sage ich einmal mehr: Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Erlaubt mir, mich direkt an den Genossen Youssef zu wenden: diese Solidarität, die Deine Partei PT Algeriens 2017 Lula entgegengebracht hat, wird heute von uns, von der PT Brasiliens und Lula, mit der Kampagne für die Freilassung von Louisa Hanoune Euch gegenüber bewiesen. (...)

Der Beschluss des Obersten Gerichtshofs, Lula aus dem Gefängnis zu entlassen, ist der internationalen Solidarität zu verdanken. Heute befindet Lula sich außerhalb des Gefängnisses. Er hat das Gefängnis mit mehr Größe als bei der Einlieferung verlassen, Er hat gesagt, dass

er den Rest seines Lebens darauf verwenden werde, gemeinsam mit den Arbeiter*innen für ihre Befreiung zu kämpfen.

Einige Sätze noch darüber, was wir in den letzten beiden Tagen in der IVK-Konferenz geleistet haben. Es nahmen Delegierte aus 55 Ländern von 4 Kontinenten teil. Und überall stieß man auf die gleiche Situation: Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeit, Privatisierungen u.a. des Gesundheits- und Bildungswesens, Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte und demokratischen Rechte... Doch zugleich wurde in denselben Berichten der Widerstand der Völker und Arbeiterklasse sichtbar; neue Führungen, neue Bewegungen wie die Gelbwesten hier in Frankreich, die die Regierungsmacht nicht versteht. Wir beenden dieses IVK-Treffen in der Gewissheit, dass es keine endgültige Niederlage gibt, dass die Völker den Kampf aufgenommen haben. Den Kampf für die Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und den Frieden (...). Ich werde all dies, die Gefühle der Solidarität und euren Empfang, direkt an Lula berichten. Ich könnte das in einem Satz zusammenfassen: Niemand lässt die Hand des anderen los, wir führen alle den gleichen Kampf!



PALÄSTINA: AWAD ABDEFATAH EHM. SEKRETÄR DER BALAD-PARTEI UND KOORDINATOR DER KAMPAGNE FÜR EINEN EINHEITLICHEN DEMOKRATISCHEN STAAT PALÄSTINA

Ich bin äußerst bewegt, weil ich jetzt hier bei euch sein kann, während das französische Volk und die fortschrittlichen Kräfte gegen die Ungerechtigkeit revoltieren und für ein besseres Leben

in einer besseren Zukunft kämpfen. Euer Aufstand reiht sich ein in den Rahmen der gerade stattfindenden Massenmobilisierung und Revolutionen, die zahlreiche Länder in der Welt umgewälzt haben (...).

Gestern, am 29. November, hat die UNO den internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk gefeiert. Das ist die gleiche UNO, auf die die imperialistischen Kräfte Druck ausgeübt haben, um die Spaltung Palästinas durchzusetzen. Das war ein verheerender Beschluss (...). Israel wurde in das brutale Weltsystem eingegliedert, während Palästina durch Besetzung, ethnische Säuberung und Kriege des Völkermords vollständig kolonisiert wurde (...).

Die politische Realität in Palästina sieht 25 Jahre nach den Osloer Verträgen so aus, dass das palästinensische Volk die finstere Wahrheit erkannt hat. Ganz Palästina einschließlich dem Gebiet, das für einen unabhängigen palästinensischen Staat vorgesehen war, aber nur ca. 20% des historischen Palästina umfasst, wurde kolonialisiert und zum ausschließlichen Eigentum des jüdischen Volkes erklärt (...). Oslo war nur ein Mittel, um eine Legitimierung von den arabischen palästinensischen Vertretern zu erhalten, und für Israel eine internationale Legitimierung für sein kolonialistisches Apartheidregime (...).

Wir müssen zu den Ursachen des Konflikts vorstoßen, die auf 1948 und sogar davor zurückgehen, und nicht auf 1967.

Es ist wichtig, auf das Schicksal der innerhalb Israels lebenden Palästinenser hinzuweisen. Ich selbst bin der

Sohn eines Vaters und einer Mutter, die 1948 an der Seite von 150.000 Palästinensern der ethnischen Säuberung entkommen sind. Ich habe die israelische Staatsbürgerschaft und müsste wie jeder andere Normalbürger behandelt werden. Doch ich war immer die Zielscheibe von Belästigungen, Diskriminierung und Gewalt. Weil sie Palästinenser sind, weil sie für ihre Rechte demonstrieren, wurden meine Frau, meine Kinder und meine acht Brüder mehrfach inhaftiert. Einige wurden geschlagen, ihnen wurden Knochen gebrochen, nur weil sie in Demonstrationen die Palästinenserfahne geschwenkt haben (...).

Wir brauchen eine palästinensische Bewegung, die erneut eine vereinigende Vision für die Zukunft Palästinas entwickeln kann, die das palästinensische Volk geographisch und politisch vereinen kann. Eine Bewegung, die eine demokratische Lösung für alle in Palästina lebenden Völker und auch für die vom Zionismus Vertriebenen vertritt. Ein demokratischer, gleichberechtigter Staat auf dem ganzen Gebiet Palästinas ist die einzige Lösung, die vorangetrieben werden muss. Eben dies versuchen wir mit unserer Kampagne gemeinsam mit anderen Gruppen, Aktivisten und Universitätsangehörigen zu tun (...).

Es gibt keine palästinensische nationale Bewegung wie die PLO mehr. Sie wurde von den Osloer Verträgen zerstört, aus denen die Palästinensische Autonomiebehörde unter Israels Aufsicht hervorging. Wir versuchen uns zu organisieren und zum Aufbau einer Bewegung beizutragen, die neue Verbindungen mit den fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt herstellen will, die für eine ehrliche Ordnung kämpfen, um ein menschenwürdiges Leben zu führen ohne Angst, ohne Armut und Krieg. Ich möchte allen Anwesenden hier danken und meine Solidarität und Unterstützung für die Kampagnen zur Freilassung der Genoss*innen Louisa Hanoune und Lula erklären.

INDIEN: ABISHEK SINGH, VERKEHRSGEWERKSCHAFT AICTTU IN NEW DELHI

Liebe Freunde und Kollegen, ich grüße euch alle herzlich. Wir haben in den letzten 2 1/2 Tagen eine sehr gute Diskussion geführt und viel gelernt. Wir haben gesehen, dass, obwohl wir aus verschiedenen Ländern kommen, in denen unterschiedliche Situationen herrschen, es doch auch Übereinstimmungen gibt: ja, wir können einen gemeinsamen Kampf führen (...).

Zunächst möchte ich mich solidarisch erklären mit dem Kampf für die Freilassung von Louisa Hanoune und aller politischen Gefangenen in Algerien. Ich bekräftige unsere Solidarität mit Lula und dem palästinensischen Volk, das sich gegen die israelischen Übergriffe zur Wehr setzt. Wir sind solidarisch mit dem Volk in Kaschmir, das unter einem Militärregime des indischen Staates leidet (...).

In Indien machen wir sehr schwere Zeiten durch. Wir haben eine Regierung, die während unseres Kampfes gegen den Kolonialismus auf der Seite der Kolonialmacht stand. Heute ist es die Regierung der Lynchmorde auf der Straße. Es ist das Militärregime in Kaschmir. Sie lässt die Arbeiter hungern und betreibt eine arbeiterfeindliche Politik (...).

Wir erleben den Aufschwung des Faschismus. Wir leben unter einer Regierung, die will, dass jeder Bürger seine Staatsbürgerschaft beweist. Wir haben in unserem Land bereits Konzentrationslager. Circa 1,9 Millionen Menschen wurde schon die Staatsbürgerschaft geraubt und in diese Lager geworfen. Die Bevölkerung soll abgelenkt werden von der steigenden Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren wegen der liberalen Regierungspolitik ein noch nie dagewesenes Niveau erreicht hat (...).

Die Regierung erlaubt jetzt 100% direkte Auslandsinvestitionen im Einzelhandel, was ein brutaler Schlag gegen die kleinen Läden ist. Ihre Politik wird die Arbeiter ruinieren. Die Regierung bietet einen gesenkten Mindestlohn von ca. 2 Euro täglich an. Sie plant außerdem, den Unternehmern die Anordnung eines 16-Studentages zu erlauben. Sie will die Gewerkschaften verbieten. Es gibt einen Gesetzentwurf, der Streiks sehr erschweren soll. Wenn eine Gewerkschaft den Streik ausruft, werden die Organisatoren bestraft und die Arbeiter entlassen (...).

Zurzeit bereiten Millionen Arbeiter einen massiven vereinten Generalstreik für den 8. Januar vor. In Indien



kämpfen die Studenten gegen die Erhöhung der Einschreibgebühren und gegen die Politik der begrenzten Zulassungen (NC); in Pakistan demonstrieren die Studenten für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Die Führer der Bauernverbände beraten gerade über eine Strategie für eine viel stärkere Agitation im ganzen Lande.

2015 haben wir einen Generalstreik mit über 20 Millionen Teilnehmern durchgeführt, und 2016 einen weiteren Massenstreik. Dank dieser Streiks war es der Vorgängerregierung nicht möglich, Reformen des Arbeitsrechts zur Abstimmung zu stellen. Doch jetzt ist ihr Mandat eindeutiger, und sie setzt Stück für Stück ihre Reformen gegen das Arbeitsrecht durch (...).

Es finden viele Kämpfe in Indiens Industriegebieten statt. In der Honda-Fabrik nahe der Hauptstadt, in der 2.200 Stellen gestrichen wurden, streiken die Arbeiter immer noch, obwohl die Gewerkschaftsführer gefeuert wurden und einen Vertrag mit der Geschäftsleitung geschlossen haben, damit sie wiedereingestellt werden.

30 Gewerkschafter der Suzuki-Fabrik sitzen seit 7 Jahren im Gefängnis. Genauso an anderen Orten, wo die Arbeiter demonstriert oder das Recht auf eine Gewerkschaft oder eine Lohnerhöhung angestrebt haben. Sie wurden inhaftiert oder ihre Gewerkschaft zerschlagen. Und in dem Zusammenhang erlebe ich es, dass die französischen Arbeiter zum Streik am 5. Dezember aufrufen. Ich versuche daraus Anregungen und Ideen zu schöpfen.

Zum Schluss wünschen wir euch allen einen massiven und erfolgreichen Generalstreik!



FRANKREICH

Die ständige Delegation des Nationalen Komitees für den Widerstand und die Rückeroberung hat sich am 25. Januar in Paris getroffen. Sie ruft dazu auf, eine nationale Konferenz der von den Komitees gewählten Delegierten am kommenden 28. März vorzubereiten.

AUFRUF

NATIONALE KONFERENZ DER DELEGIERTEN DER KOMITEES FÜR DEN WIDERSTAND UND DIE RÜCKEROBERUNG IN PARIS, 28. MÄRZ 2020

Am 24. Januar, dem 50. Tag der Streiks und Demonstrationen für die Rücknahme des Gesetzentwurfs über die Renten, hat sich erneut die enorme Stärke der Ablehnung von Macrons Regierungspolitik gezeigt. Einerseits wollen die Hunderttausende nicht aufgeben. Andererseits bekräftigt am gleichen Tag das abgeschottete Ministerkabinett, dass es bis zum Ende gehen will.

Seit zwei Monaten unterstützt die Mehrheit der französischen Bevölkerung unaufhörlich die Mobilisierung der Arbeiter*innen, die die Rücknahme der Anti-Rentenreform erkämpfen wollen. Denn hinter diesem Gesetz steckt, was Macron die „Umwandlung“ der ganzen Gesellschaft genannt hat. Sein Programm besteht aus der Überisierung sämtlicher Arbeitsverhältnisse im Namen der Anpassung an die „Welt des 21. Jahrhunderts“. Macron verhehlt nicht, dass er Schluss machen will mit der „Welt von 1945“, dass er alle sozialen Errungenschaften vernichten, die Renten liquidieren, das soziale Sicherungssystem („Sécu“) abschaffen will, um seine Gelder zur Plünderung durch das Finanzkapital, Blackrock und Pensionsfonds freizugeben. Macron lädt die Gewerkschaften zum Dialog über die Finanzierung der Renten per Punktesystem ein, weil er sie zu Helfershelfern bei der Zerstörung der „Sécu“ machen will.

Belegschaftsversammlungen entscheiden über die Fortsetzung der Streiks

Die Mehrheit der Bevölkerung, die den Errungenschaften von 1936 und 1945 verbunden ist, lehnt diese Umwälzung der Gesellschaft ab. Seit dem 5. Dezember haben die Belegschaftsvollversammlungen bei der SNCF, RATP und in vielen anderen Bereichen trotz aller Manöver, um den Streik zu torpedieren, jeweils seine Fortsetzung beschlossen.

Seit zwei Monaten entfesselt die Regierung - wie schon mit unglaublicher Brutalität seit Beginn des Gelbwesten-Aufstandes - die staatliche Gewalt gegen friedliche Massendemonstrationen. Um die Streikenden und Demonstranten zum Aufgeben zu zwingen, antwortet diese immer stärker abgelehnte Regierung mit Willkür und Repression.

Und wenn auch die Regierung nach diesem 24. Januar noch so sehr behauptet, dass sie die Lage im Griff hat und Drohungen ausstößt - nichts ist entschieden! Die Situation ist beispiellos: Nach über 50 Tagen wird der Wille der Arbeiter*innen, die Gesetzesrücknahme zu erkämpfen und Macron in die Knie zu zwingen, nicht nur nicht schwächer, sondern sie breitet sich aus. Das zeigt neben vielen anderen die Tatsache, dass tausende Rechtsanwältinnen an den Arbeiterdemonstrationen teilnehmen.

Überall hört man nach zwei Streikmonaten trotz der Erschöpfung und freiwilligen Opfern die gleiche Entschlossenheit: **„Wir kämpfen bis zum Schluss!“**

Diese Forderung, dieser Wille der Arbeiter*innen und Aktivistinnen, in den Vollversammlungen zu kontrollieren und zu entscheiden, verbindet sich mit der Ablehnung der verschiedenen Regierungen, der Ablehnung der politischen Kräfte von „links“ wie „rechts“, welche die Macht seit Jahrzehnten unter sich aufgeteilt und den Weg für Macron und seine Politik geöffnet haben.

Was wir in Frankreich erleben, steht im Einklang mit den Volksaufständen in Algerien, im Libanon, in Chile, in Hongkong „für den Rücktritt der Regierungen und

ihres ganzen Systems“...

Nichts ist „entschieden“, nichts wird zur „alten Ordnung“ zurückkehren.

Die Arbeiter*innen in unserem Lande haben sich die Mittel zur Kontrolle ihrer Bewegung gegeben und wurden sich ihrer Stärke bewusst.

In den zwei Monaten seit dem 5. Dezember haben organisierte wie unorganisierte Arbeiter*innen und Aktivistinnen den Streik in die Hand genommen. Sie haben ihn ausgehend von den Belegschaftsversammlungen und Streikposten organisiert trotz aller Hindernisse, und unter ihrer Kontrolle bei SNCF und RATP die Einheit der Gewerkschaften realisiert... Es wurden Verbindungen für den Kampf geknüpft, um auf die Ausweitung des Streiks hinzuwirken, um Kontakte zu anderen Bereichen und Industriestandorten sowie zur Jugend herzustellen. Die Fortsetzung der unausweichlichen Konfrontation mit dieser Regierung erfordert, dass eine enge örtliche Bindung zwischen den Arbeiter*innen und Aktivistinnen auf das ganze Land ausgeht.

Es geht darum, bei der Organisation dieser Kraft zu helfen.

Die ständige Delegation des Nationalen Komitees für den Widerstand und die Rückeroberung der Errungenschaften von 1936 und 1945 hat sich am 25. Januar in Paris getroffen.

Sie macht den Arbeiter*innen und Aktivistinnen aus den verschiedenen Organisationen, die seit dem 5. Dezember darum kämpfen, dass diese Regierung im Dienste des Finanzkapitals zum Nachgeben gezwungen wird, den Vorschlag, die Verbindungen zu stärken; einen weiteren Schritt zu tun in der Organisation einer breiten Bewegung auf nationaler Ebene „für den Widerstand und die Rückeroberung“.

Seit Monaten und besonders seit dem 5. Dezember finden im offenen Rahmen der Komitees für den Widerstand und die Rückeroberung, die mit keiner anderen Organisationsform konkurrieren, immer mehr Treffen statt - in enger Verbindung mit der Bewegung der Arbeiter*innen, die selbst über die die Ausweitung des Streiks entscheiden. Das sind Treffen mit breiter Beteiligung, in denen sich Arbeiterkämpfer, Gewerkschafter, Arbeiter*innen, Gelbwesten, austauschen und zum Handeln organisieren.

In der Kontinuität des Vorschlags, der auf der nationalen Konferenz am letzten 30. November gemacht wurde, ruft die Ständige Delegation alle lokalen Komitees auf, eine nationale Konferenz am Samstag, den 28. März, in Paris vorzubereiten, um alle die Delegierten zu versammeln, die von den Komitees für den Widerstand und die Rückeroberung gewählt werden.

Sie ruft ab heute dazu auf:

- die breiteste möglichen Treffen der lokalen Komitees zu vervielfachen;
- überall, wo das möglich ist, in den Ortschaften und Wohnvierteln neue Komitees zu gründen;
- auf diesen Treffen die Delegierten der lokalen Komitees zur nationalen Konferenz zu wählen und ihnen ein Mandat zu erteilen.

PT AkabarIxeddamen – Parti des Travailleurs – حزب العمال

2, Rue BelkheirBelkacemiHassen-badi, El Harrach – Alger – Tel.: 023 82 71 60/612- Fax: 023 82 71 58

PRESSEMITTEILUNG

Louisa Hanoune, Generalsekretärin der Arbeiterpartei, ist frei.

Nach neun Monaten willkürlicher Inhaftierung hat das Berufungsgericht des Militärtribunals von Blida die beiden Anklagepunkte „Verschwörung gegen die Staatsgewalt“ und „Untergrabung der Autorität der Armee“, für die Louisa Hanoune in erster Instanz zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, fallen gelassen; stattdessen erhob es die Anklage „ein geheimes Treffen nicht angezeigt zu haben“. Das Gericht beschloss eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, darunter neun Monate Gefängnis für diese neue Anklage.

Dies ist ein weiterer Beweis für einen politischen Prozess mit einem vorgefassten Urteil.

Die Führung der Arbeiterpartei und ihre Mitglieder begrüßen es, dass ihre Generalsekretärin frei ist, aber akzeptiert dieses Urteil nicht, weil Louisa Hanoune nichts getan hat, wofür sie verurteilt werden könnte.

Louisa Hanoune erklärte gleich nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis, dass sie dieses Urteil anfechten und in Berufung gehen werde, um schlicht und einfach freigesprochen zu werden.

Die Arbeiterpartei dankt dem Anwaltskollektiv von Louisa Hanoune, dass sie mit einer großen Willenskraft und einem vorbildlichen Engagement verteidigt hat.

Die Arbeiterpartei dankt allen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Menschenrechtsorganisationen, Persönlichkeiten, Parteimitgliedern und ganz allgemein allen algerischen Männern und Frauen, die die von der PT und dem Nationalen Komitee für die Befreiung von Louisa Hanoune, unter dem Vorsitz von Mujahida Zohra Drif-Bitat, geführte Kampagne für ihre Freilassung unterstützt haben.

Die PT dankt auch den Organisationen der Arbeiterbewegung, den demokratischen Parteien und Menschen-

rechtsorganisationen in der ganzen Welt, für ihr unermüdliches Engagement für die demokratische Forderung nach Freilassung von Louisa Hanoune.

In diesem Rahmen dankt sie besonders den Organisationen und den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfern der „Internationalen Verbindung der Arbeiter und Völker“, dank derer diese internationale Kampagne auf 101 Ländern ausgeweitet werden konnte.

Louisa Hanoune erklärte beim Verlassen des Gefängnisses: „Die Freude über meine Freilassung wird erst dann vollständig sein, wenn alle politischen Gefangenen freigelassen wurden“.

Die PT und Louisa Hanoune werden eine Kampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen als integralem Bestandteil des Kampfes für Demokratie führen, wofür das algerische Volk seit Februar 2019 kämpft.

*Das Sekretariat des politischen Büros Alger,
11. Februar 2020*



Zu dem erneuten Willkürurteil schreibt Dr. Erhart Körting in einer Grußadresse an die Veranstaltung des Berliner Komitees am 17. 2. 2020:

GRÜßWORT

Die Freilassung von Louisa Hanoune ist ein wichtiger Teilerfolg, aber eben nur ein Teilerfolg. Louisa Hanoune ist nicht freigesprochen worden, sondern es ist nur das Strafmaß deutlich reduziert worden.

Das zweite Urteil zeigt, dass die Richter sich bewusst waren, dass das erste Urteil Unrecht war. Offenbar fehlte der Mut zu einer völligen Korrektur des Unrechturteils.

Militärgerichtsbarkeit über Zivilpersonen ist immer Unrecht. Im Fall von Frau Hanoune hat ein Militärgericht geurteilt. Das Urteil ist zwar jetzt in zweiter Instanz kassiert worden und Frau Hanoune auf Bewährung wieder frei. So erfreulich der Teilerfolg des zweiten Urteils ist, so falsch und rechtstaatswidrig bleibt das Verfahren an sich. Militärgerichte mögen ihren Sinn haben, wenn es um Verfahren gegen Militärangehörige geht. In allen anderen Fällen haben Militärgerichte in einem demokratischen Staat nichts zu suchen.

Der Fall des Verfahrens gegen Frau Hanoune ist mit dem zweiten Urteil eben nicht zu Ende. Beendet ist das Verfahren erst, wenn die Zuständigkeit der Militärgerichte gegenüber Zivilpersonen in Algerien abgeschafft wird. Das betrifft Frau Hanoune und alle anderen Zivilpersonen, die vor die Militärgerichte gekommen sind und kommen.

Dr. Erhart Körting, Rechtsanwalt

BERLINER KOMITEE SOLIDARITÄT MIT DEM ALGERISCHEN VOLK FREIHEIT FÜR LOUISA HANOUNE

Dokumentation, erschienen am 20. November 2019, Spendenpreis 2,-

Aus dem Inhalt:

- Kampagne für die Freilassung von Louisa Hanoune, Generalsekretärin der Arbeiterpartei Algeriens (PT) und Koordinatorin der IAV
- Louis Hanoune, das Portrait einer Kämpferin
- Offener Brief von Zohra Drif-Bitat an Ahmed Gaid Salah (Zohra Drif-Bitat ist Koordinatorin des Nationalkomitees für die Freilassung von Louisa Hanoune)
- Louisa Hanoune vor den Richtern: „Mein Platz ist auf der Straße, bei der Revolution“
- Nationaler Konvent der Kräfte der demokratischen Alternative: „Für einen demokratischen Übergang“ – „Für die Volkssouveränität“
- Erklärung der PT: Das Volk sagt Nein zum Verkauf des Landes – Für eine souveräne konstituierende Versammlung